

# interview mit Gregor Müller, ehemaliger Mitarbeiter in der notschlafstelle maschinenstrasse

mai 92

**Wem unterstehen die städtischen Notschlafstellen, was ist ihre Stellung innerhalb der Stadtverwaltung?**

Die Notschlafstellen sind dem Fürsorgeamt unterstellt, das Fürsorgeamt ist eine Abteilung des Sozialamts. Im Fürsorgeamt selbst gibt es wiederum verschiedene Unterabteilungen. Die Notschlafstellen gehören zum Bereich "Obdach", hier werden die niederschwelligsten "Wohnangebote" der Stadt verwaltet. Der Bereich "Obdach" wiederum ist der Abteilung soziale Einrichtungen unterstellt wie auch zum Beispiel die Kontakt- und Anlaufstellen.

**Wem sind die Angestellten der Notschlafstellen direkt unterstellt?**

Direkt unterstellt sind wir Madleine Binder, der Leiterin des Bereiches "Obdach", sie ist dem Chef der Abteilung soziale Einrichtungen Urs Wüthrich verantwortlich, und dieser wiederum untersteht dem Chef des Fürsorgeamtes Herrn Schmid.

**Am 6. Dezember wurde an der Pressekonferenz der Drogendelegation des Zürcher Stadtrates die Marschrichtung bis zur vorgesehenen Platzspitzschliessung konkretisiert. Hier wurde auch in der Öffentlichkeit bekannt, dass an DrogenkonsumentInnen mit Wohnadresse in der Stadt Ausweise verteilt werden, damit sie von Auswärtigen unterscheidbar sind. Nur mit diesem Ausweis sollte der Zugang zu den Notschlafstellen noch möglich sein. Seit ihr von diesem Schritt überrascht worden?**

Wir hatten schon vor der öffentlichen Bekanntmachung eine Ahnung davon was geplant war. Ganz konkret wurden wir vom Fürsorgeamt kurz vorher mittels einer schon sehr detaillierten schriftlichen Mitteilung über die geplanten Ausweise informiert. Das war aber reine Einweginformation. Mit den MitarbeiterInnen an der Basis, in den Notschlafstellen, war von oben nie das Gespräch gesucht worden. Die geplante Einführung der braunen Ausweise wurde uns mitgeteilt, wir hatten das lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Es war aber auch möglich als Aussenstehende/r die künftigen Zulassungsbeschränkungen für städtische Notschlafstellen vor auszusehen. Im Gemeinderat gab es eine Anfrage an die Vorsteherin des Sozialamtes, Emilie Lieberherr, wer denn jetzt eigentlich genau die Notschlafstellen benutze. Daraufhin wurden wir in

den Notschlafstellen angewiesen, statistisch zu erfassen, wer genau die Leute sind, die hier übernachten. Aufgeteilt wurde in städtische, kantonale und ausserkantonale und ausländische BenutzerInnen. Es war anzunehmen, dass bei der Bekanntgabe dieser Zahlen insbesondere die Rechtsparteien gegen die "Verschleuderung" von städtischen Steuergeldern für auswärtige DrogenkonsumentInnen politisch Druck machen würden.

Wir ahnten also schon frühzeitig, dass es eine Form von Zulassungsbeschränkungen geben könnte, aber glaubten nie daran, dass diese in der Härte durchgeführt werden sollten, wie es dann der Fall war. Es wurde eher gewitzelt über die Absurdität z.B. der durchgeführten Statistiken.

**Als für euch aber klar war, dass nur noch "Städtische" Zugang zu den Notschlafstellen haben würden, und ihr als MitarbeiterInnen die Ausgrenzung von Auswärtigen an der Tür vollziehen müsstet, wie war eure Reaktion?**

Die ersten Diskussionen begannen unmittelbar nachdem das interne Papier im November bei uns angekommen war, innerhalb der Notschlafstellenteams. Der Grundtenor war bei allen der gleiche: Das geht zu weit! Es hatte schon im Sommer 91 Querelen mit dem Fürsorgeamt gegeben. Die relative Autonomie der Notschlafstellen wurde von oben immer mehr beschnitten. Hauptsächlich Grund waren damals die Sparmassnahmen der Stadt, die dazu führten, dass gegenüber dem Fürsorgeamt Rechenschaft abgelegt werden musste, wieviel Konfitüre beim Morgenessen auf das Brot gestrichen wurde.

Die neue Massnahme waren wir aber nicht mehr bereit zu schlucken.

Wir wurden auf zwei Ebenen aktiv: Wir thematisierten die Sache in der Gako, einem Zusammenschluss von MitarbeiterInnen an der Basis von städtischen und privaten Institutionen, die in der Drogenarbeit tätig sind. Die Gako hatte während der vorangehenden Monate eine eminent wichtige Funktion für die Notschlafstellenteams bekommen. Vorher kannte man /frau sich nur zufällig unter den Teams, bestanden auch Spannungen zwischen den Teams. Es gab keine Vernetzung und Spaltung von oben war leicht möglich.(...) Die ersten Ansätze der Vernetzung konkretisierten sich im Herbst/Winter 90 in der Auseinandersetzung um das Fixen in den Notschlafstellen nach der FixerInnenräumeabstimmung. Da wurde vielen klar, dass gegen das Fürsorge-

amt ein einzelnes Team keine Chance hat und leicht mundtot zu machen ist. Der langwierige Vernetzungsprozess spielte sich ab diesem Zeitpunkt vor allem in der Gako ab, später auch in internen VV's der Notschlafstellen und nicht zuletzt über intensivierete persönliche Kontakte unter den MitarbeiterInnen.

Diese Vernetzung, ein einjähriger Prozess, war die eigentliche Basis für den Widerstand gegen die Ausweise.

Wie schon erwähnt, wurde die Diskussion um den Widerstand gegen die Ausweise in die Gako getragen, es wurden aber auch sofort nach dem Bekanntwerden der Ausweispolitik interne VV's der Teams einberufen.

**Was war das Resultat dieser Diskussionen, wie wolltet ihr konkret Widerstand leisten gegen die Einführung der Ausweise?**

(...) Es gab von Anfang an eigentlich zwei diskutierte Vorgehensweisen. Ein Teil von uns propagierte die offensive offene "Verweigerung", mit internem Papier zum Fürsorgeamt und mit Pressearbeit. Die andere Fraktion tendierte eher zur stillschweigenden "Verweigerung", also ohne gross Aufhebens zu machen, nach wie vor alle BenutzerInnen reinzulassen. Dank der vorhergegangenen Vernetzung der Leute wurde zwar viel diskutiert, aber es kam trotz den grundsätzlich verschiedenen Vorstellungen über das Vorgehen zu keiner Spaltung. Zu diesem Zeitpunkt war die Informationspolitik und der Weg zu Entscheidungen noch quasi idealtypisch basisdemokratisch. Am Anfang waren wir eigentlich nicht sehr militant eingestellt, viele rechneten mit der Veränderung der Situation nur schon durch unsere Aussage, dass die neue Massnahme so nicht akzeptiert werde. Dialogfähigkeit von oben wurde immer noch angenommen.

**Auf welchen Weg habt ihr euch dann geeinigt?**

Es wurde der Weg der offenen Verweigerung, verbunden mit der Forderung nach einem Dialog, eingeschlagen. Zuerst wurde ein internes Schreiben verfasst, das direkt an den Chef des Fürsorgeamtes, Schmid, geschickt wurde. Darin wurde die ablehnende Haltung zu den Ausweisen formuliert, kritisiert, dass die MitarbeiterInnen an der Basis beim Entscheidungsprozess nicht gefragt wurden und darauf hingewiesen, dass die Massnahme nicht mit dem Berufskodex von SozialarbeiterInnen zu ver-

einbaren sei. Gleichzeitig wurde ein Gespräch mit Schmid verlangt. Er war zu einer Konferenz bereit, die in der Notschlafstelle Selnau stattfand. Es war praktisch eine VV plus Schmid. Eine Diskussion fand nicht statt, der Chef des Fürsorgeamtes hielt im Gegenteil einen Monolog über seine Position und seinen Entscheidungsspielraum.(...) Rhetorisch unterhalten, war das Resultat für die VV am Ende für uns gleichfalls Null.

### **Und der weitere Lauf der Dinge?**

Der nächste Schritt von unserer Seite war, den VPOD miteinzubeziehen. Der Vorschlag ging von den Wenigen aus die dort organisiert waren. Der Sekretär Jacobi kam daraufhin an eine weitere VV. Die Sitzungsbelastung im Dezember und Januar war gross. Nebst den Gako- Sitzungen gab es allwöchentlich VVs, und diverse Arbeitsgruppensitzungen. Arbeitszeit und Sitzungszeit hielten sich zeitweise die Waage. Es wurde also abgeklärt, was von Gewerkschaftsseite her möglich war, zur Unterstützung und dem Schutz der MitarbeiterInnen.

Es kam dann zu einer weiteren Sitzung mit Schmid, wieder ergebnislos. An der ersten Sitzung waren Arbeitsgruppen gegründet worden. VertreterInnen der Notschlafstellen und Kaderangehörige aus dem Fürsorgeamt, wie Wüthrich sollten in diesem Forum weiterdiskutieren. Hier schieden sich die Geister bei uns aber schon klar. Die Dialogwilligen, die den "richtigen Weg" auch zum eigenen Schutz einhalten wollten, begannen sich von denjenigen abzusetzen, die den Dialog eher als Vereinnahmung respektive als Hinhaltenaktik einschätzten.(...) Weiterhin hielten aber alle trotz unterschiedlichen Meinungen zusammen, wurde gemeinsam gearbeitet. Die Arbeitsgruppe war wie eine Möglichkeit unter vielen, etwas gegen die Ausweise zu unternehmen. Doch auch diejenigen, die daran teilnahmen, tendierten mehr und mehr zur Ueberzeugung, dass mit dem Mittel dieses "Diskussionsforums" Hinhaltenaktik betrieben wurde. Die Kadermitglieder aus dem Fürsorgeamt tauchten zum Teil nur ganz kurz an den Sitzungen auf, Substantielles wurde nicht angesprochen. Die Arbeitsgruppe verlief im Sande. Da wir intern an den zuständigen Stellen aufgelaufen waren, beschlossen wir mit einer Pressekonferenz unsere Position öffentlich zu machen.

### **Habt ihr die Pressekonferenz (PK) allein gemacht?**

Zur PK hatte der VPOD eingeladen. Jacobi hatte sich in der ganzen Auseinandersetzung stark für uns engagiert, so auch mit dieser PK, was ihm später von der Gewerkschaft einen "Rüffel" bescherte. Es waren auch VertreterInnen von verschiedenen privaten Institutionen aus der Drogenarbeit anwesend (VSD, ZAGJP, Aidshilfe), Kathrin Prelicz als Vertreterin der Grünen, und ein Vertreter des Berufsverbandes der SozialarbeiterInnen. Aber es war unsere PK, wir hatten alles organisiert und vorbereitet. Die "GastreferentInnen" waren hauptsächlich unser Schutzschild, auch gegen drohende Entlassungen, denn es ist den Angestellten des Fürsorgeamtes (und nicht nur diesen) verboten mit ihren Anliegen, welche die Arbeit betreffen via Presse an die Öffentlichkeit zu treten. Das muss alles über die Lieberherr laufen. Eine Form von Personalführung, die sie perfektioniert hat. Trotzdem war ein Grossteil von uns anwesend und wir beantworteten die Fragen der Presseleute.

Leider war das reale Presseecho eher klein, wahrscheinlich auch wegen des gleichentags stattfindenden SchülerInnenstreiks im Zusammenhang mit der Saumstrasse, der wesentlich medienwirksamere Bilder und Schlagzeilen bot.

### **Was waren die Reaktionen aus dem Fürsorgeamt oder von Lieberherr, die sich in der Presse erstaunt zeigte über euren Protest, auf diese PK?**

Erstaunlicherweise fiel die Reaktion von oben recht sanft aus. Lieberherr's Erstaunen war vielleicht für einmal nicht geheuchelt, nehme ich an, weil ich glaube, dass das Fürsorgeamt die Informationen über unseren Protest zurückgehalten hat. Es war ihnen peinlich, ihre Angestellten nicht im Griff zu haben. Der Zusammenschiss fand zuerst auf der untersten Stufe der Hierarchie statt bei der Bereich "Obdach"- Sitzung. Die anwesenden LeiterInnen der Notschlafstellen wurden hier gemassregelt. Schmid verschickte einen persönlichen Brief an alle von uns, in dem er von "einseitigem Brechen der Spielregeln" sprach, sich enttäuscht zeigte, er habe doch den Dialog angeboten, der jetzt mit der PK unsererseits ausgeschlagen worden sei und seinem Handlungsspielraum wegen der Ausweisfrage stark einschränke...An diesem Punkt wurde vielen von uns klar, was schon immer die Taktik den Fürsorgeamtes gewesen war: Schmid glaubte mit Gesprächsbereitschaft gegenüber uns, den Konflikt zu entschärfen zumindest soweit, dass die Öffentlichkeit nichts davon erfuhr.

Es war für ihn aber von Anfang an klar, dass es in der Frage der Ausweise vom Fürsorgeamt gar keinen Handlungsspielraum gab. Mit der Tatsache der PK konfrontiert sah er, dass unsere Ruhigstellung nicht geklappt hatte. Dafür wurde uns nun die Schuld für den "jetzt eingeschränkten" Handlungsspielraum des

Fürsorgeamts in die Schuhe geschoben. Die Sitzungen mit ihm wurden trotzdem weitergeführt. Er gab sich dort aber nun reserviert und gekränkt. Psychologische Kriegsführung, und als Folge davon vertiefte sich der Graben zwischen der "radikaleren" und der "gemässigte-

- 2 -

### 2.3. Der Ausweis

Der Ausweis soll den Zugang zu sämtlichen Einrichtungen der Ueberlebenshilfe ermöglichen. Er soll deshalb auch den Ansprüchen der Beschäftigungsprogramme des Jugendamtes genügen. Der Ausweis dokumentiert die Möglichkeit der Benutzung eines Schlaf- oder Arbeitsplatzes, nicht aber das Recht darauf.

Ausweis für: Name, Vorname

Foto mit Stempel  
der Amtsstelle

Der/die rechtmässige Inhaber/  
Inhaberin dieses Ausweises kann  
zu den folgenden Einrichtungen  
Zulass erhalten:

- Städtische Notschlafstellen
- Beschäftigungsprogramme des  
Jugendamtes

Die Reglemente der einzelnen  
Einrichtungen behalten ihre  
Gültigkeit (Betriebszeiten,  
Auslosen, Hausregeln usw.)

Gültig bis: \_\_\_\_\_

Ausstelldatum: \_\_\_\_\_

Stempel und Unterschrift der  
Amtsstelle:

Unterschrift des Karteninhabers/  
der Karteninhaberin

*Ausweis blau. Ausgestellt von unterstützenden / ca  
Sozialarbeiterin.  
Sousst. i. Beratung*

### 2.4. Gültigkeit

Die Gültigkeitsbeschränkung der Ausweise ist unerlässlich. Die Kosten eines Notschlafstellenplatzes betragen 8 Fr. 85.— pro Person und Nacht oder Fr. 2'550.— pro Person und Monat. Die Notschlafstellen können deshalb keine Dauerwohneinrichtungen sein. Die Gültigkeit des Ausweises soll auf ein halbes Jahr beschränkt sein und kann nach Ueberprüfung allenfalls verlängert werden. In diesem Zusammenhang sei auf den ausführlichen Bericht des Fürsorgeamtes vom 22.10.91 'Massnahmen gegen die Obdachlosigkeit' verwiesen.

## 3. Auswirkungen auf die Unterkunftsangebote des Fürsorgeamtes

### 3.1. Notschlafstellen

Die Notschlafstellen werden zukünftig nur noch Benützerinnen und Benützern, welche Wohnsitz in der Stadt Zürich haben, offenstehen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Ausweiskontrolle vorzunehmen und nicht berechnete Personen an die Notbetteinrichtungen sowie auf das Sekretariat Erstberatung des Fürsorgeamtes zu verweisen.

ren" Fraktion unter uns, da die "Radikalen" die Situation wie oben analysierten, und die "Gemässigten" das Gefühl hatten mit der PK den Goodwill des Fürsorgeamts verspielt zu haben.(...)

### **Ab Montag dem 13. Januar sollten die Ausweise bei den Notschlafstellen kontrolliert werden. Wurde jetzt die Kontrolle verweigert?**

Wir haben die Kontrolle nicht durchgeführt. In keiner der 5 städtischen Notschlafstellen. Ich war positiv überrascht, dass trotz massiven Kündigungsdrohungen, gerade auf dieses Datum hin, trotz interner Meinungsverschiedenheiten zu unserer Vorgehensweise, wir auch noch an diesem Tag gemeinsam handelten, und bis zu diesem Zeitpunkt keine Spaltung stattfand. Der Beschluss der VV, die Kontrolle zu verweigern, konnte nur an einer VV aufgehoben oder modifiziert werden. Wenn ein Team, aus was für Gründen auch immer, sich doch zur Kontrolle entschloss, sollte das ebenfalls an der VV gesagt werden.

### **Es wurde nicht kontrolliert, doch dieser Zustand dauerte nur eine gute Woche. Was geschah dann?**

Ende Woche, am Freitag, erhielten alle MitarbeiterInnen der Notschlafstellen ein Ultimatum. In einem (uneingeschriebenen) persönlichen Brief resümiert Schmid noch einmal die ganze Auseinandersetzung, äussert Bedauern über den Stand der Dinge und präsentiert einen letzten "Kompromissvorschlag". Dieser ändert für DrogenkonsumentInnen real nichts an der "Ausweispolitik". Der Unterschied ist der, dass nicht mehr die Angestellten in den Notschlafstellen, sondern die Angestellten in der Verwaltung die Ausweise kontrollieren und die Reservationen für die nächste Uebernachtung vornehmen. Gleichzeitig wurden je zwei A5 Zettel verschickt, ein roter und ein grüner... Auf dem grünen Zettel erklärte man/frau sich mit dem Kompromissvorschlag einverstanden und schwor dem Fürsorgeamt die Treue, behielt den Job. Mit dem roten Zettel lehnte man/frau den Vorschlag ab und kündigte die Anstellung beim Fürsorgeamt. Es gab noch die Möglichkeit gar nichts abzuschicken, dann wurde einem vom Fürsorgeamt gekündigt. Das Ultimatum lief am Montagabend 24 Uhr Poststempel aus. Wir hielten am Montag angesichts der Umstände eine Not-VV ab.

### **Was passierte an dieser für die Vortset-**

### **zung eures Widerstands wohl entscheidenden NotVV am Montagnachmittag?**

Es kam zur Aufspaltung in zwei Gruppen. Diejenigen, die weiterhin Nein sagten zur Ausweispolitik und die anderen, die ihren Job nicht riskieren konnten oder wollten. Noch während der VV unterschrieben zwölf von uns eine gemeinsame Kündigung, andere kündigten selber mit einer eigenen Begründung oder entschieden sich erst im Laufe der Woche doch noch zu einer Kündigung. Das waren nur Leute von den Notschlafstellen, dazu müssen aber auch noch die MitarbeiterInnen vom Job-Bus gerechnet werden...

### **Den Job-Bus haben wir bis anhin ausgeklammert, Sie haben die Ausweiskontrolle ebenfalls verweigert. Gab es mit ihnen eine Zusammenarbeit?**

Der Job-Bus solidarisierte sich schon Ende November mit den Notschlafstellen, da sie die gleichen Auflagen zu den Ausweisen erhielten wie wir. Nur, der Job-Bus ist dem Jugendamt unterstellt. Sie schickten auch VertreterInnen in unsere VV's und es bestanden persönliche Kontakte. Ab dem Termin der PK war klar, dass die Leute vom Job-Bus den gleichen Weg gegen die Ausweise wie wir einschlagen würden. Von mehr als einem Dutzend Teil- und Vollzeitangestellten blieben nach einem ähnlichen Ultimatum des Jugendamtes, meines Wissens, noch zwei Leute auf ihrem Job. Wenn wir alle Kündigungen zusammenzählen, haben von knapp 60 Involvierten rund die Hälfte mit der Kündigung auf das Ultimatum reagiert.

### **Du hattest auch gekündigt, kannst du trotzdem noch etwas dazu sagen, wie die Geschichte mit den Ausweisen nach Ende des zweimonatigem Widerstandes weitergegangen ist?**

Die Ausweiskontrolle wurde jetzt subito eingeführt. (...) Es kam noch zu einem Skandal wegen gefälschten Ausweisen. Ein Drogenkonsument wurde auf der Gasse mit einem gefälschten Ausweis kontrolliert, und sagte aus, diese würden an der Maschinenstrasse von den SozialarbeiterInnen abgegeben. Danach führte das Fürsorgeamt in dieser Notschlafstelle am Tag eine regelrechte Razzia durch und fand dort auch einige gefälschte Ausweise. Diese "Fakes" zirkulierten schon früher in den Notschlafstellen und auf der Gasse. Die ahnungslosen Leute von der Maschinenstrasse wurden

umgehend ins Fürsorgeamt zitiert und zur Rechenschaft gezogen. Ihnen wurde z.B. vorgeworfen, ihr Tun "sei ein Rückenschuss für die PODZ" usw. und es wurde mit einem Disziplinarverfahren gedroht. Aufgrund der gefundenen gefälschten Ausweise wurden die Not-schlafstellen angewiesen, Gästelisten zu führen, auf diesen Name, Vorname, Geburtsdatum der BenutzerInnen und den Ausstellungsort des Ausweises zu notieren. Diese Listen mussten nun täglich ins Fürsorgeamt geschickt werden, damit dort kontrolliert werden konnte, ob ein Mensch von der Gasse wann und wo rechtmässig übernachtet hat. Ein riesiger bürokratischer Aufwand und gleichzeitig die Horrorvision, die wir im Sommer 91 gehabt haben: Es ist die faschistoide Totalkontrolle der Obdachlosen. Bei jeder städtischen sozialen Institution werden die Daten der BenutzerInnen registriert. Es entsteht ein praktisch lückenloses Netz der sozialen Kontrolle. Das hat es früher nicht gegeben. Da konnte sich einer Mozart nennen und bekam trotzdem ein Bett. Wen interessierte der "richtige" Name? Zuletzt vielleicht noch zu den Neueinstellungen. Die SozialarbeiterInnen, die nach uns eingestellt wurden, mussten eine Gewissen-sprüfung durchstehen. Beim Einstellungs-gespräch wurde fünf Minuten nach Fachlichem gefragt, der Rest des Gespräches drehte sich um die Frage, ob der oder die Betreffende auch wirklich bereit war, dem Fürsorgeamt unbedingten Gehorsam zu leisten.

**Was sind für dich persönlich die Erfahrungen aus dieser, für städtische Sozials, bewegten Zeit? Was würdest du in einer ähnlichen Situation anders machen?**

Den Graben zwischen meist radikaleren "Leaders" und eher zaghafteren "Followers" nicht aufgehen zu lassen. Unter erhöhtem Druck der Ereignisse kommt oft das Gefühl auf, es müsse schnell reagiert werden. Das führt zu selektiver Information, zu weniger Diskussion und plötzlich sind nicht mehr alle am Entscheidungsprozess beteiligt und Einzelne entscheiden. In einer ähnlichen Situation würde ich zukünftig dafür plädieren, die Vernetzung konsequent durchzuhalten, auch wenn dann der Widerstand auf den ersten Blick nicht so schlagkräftig oder radikal erscheint, auch wenn alles langsamer vorwärts geht. Die jeweiligen Streitpunkte müssen soweit diskutiert werden, bis wirklich alle dahinterstehen können. Ansonsten wird der Konsens an dem Punkt geknackt werden, wo von aussen Druck aufgesetzt wird.(...)

e n d

5.2.92 Die Medien sprechen von "vollzogener historischer Wende" in der Zürcher Drogenpolitik. Wenn etwas gewendet wird dann höchstens der altbekannte Mist. Riviera, Hirschenplatz, Bellevue, seit 1984 der Platzspitz. Die bekanntesten Stationen der vergangenen Jahre für DrogenkonsumentInnen, die überlebt haben. Jetzt ist ein weiteres Kapitel offensivster, repressiver Vertreibungspolitik gegen drogenkonsumierende Menschen eröffnet. Die Projektorganisation "Offene Drogenszene Zürich (PODZ)" trete nun in die entscheidende Phase 3, heisst es in einer Pressemitteilung. In Zukunft soll jedes Anzeichen einer offenen Drogenszene

# - gültig vergit

ne verhindert werden. PODZ - Phase 3 tönt nach Fabrikproduktion oder Kriegsberichterstattung. Es kommt die Gewissheit auf, dass die verantwortlichen Behörden in Zürich bei DrogenkonsumentInnen in der Kategorie von verschiebarem Menschenmaterial denken, welches politischer Opportunität geopfert wird. Der immer wieder bemühte "Handlungsbedarf" in der Drogenpolitik, heisst gegen besseres Wissen, Repression. Die Deadline ist überschritten. Tote sind bei der Planung anscheinend einberechnet.

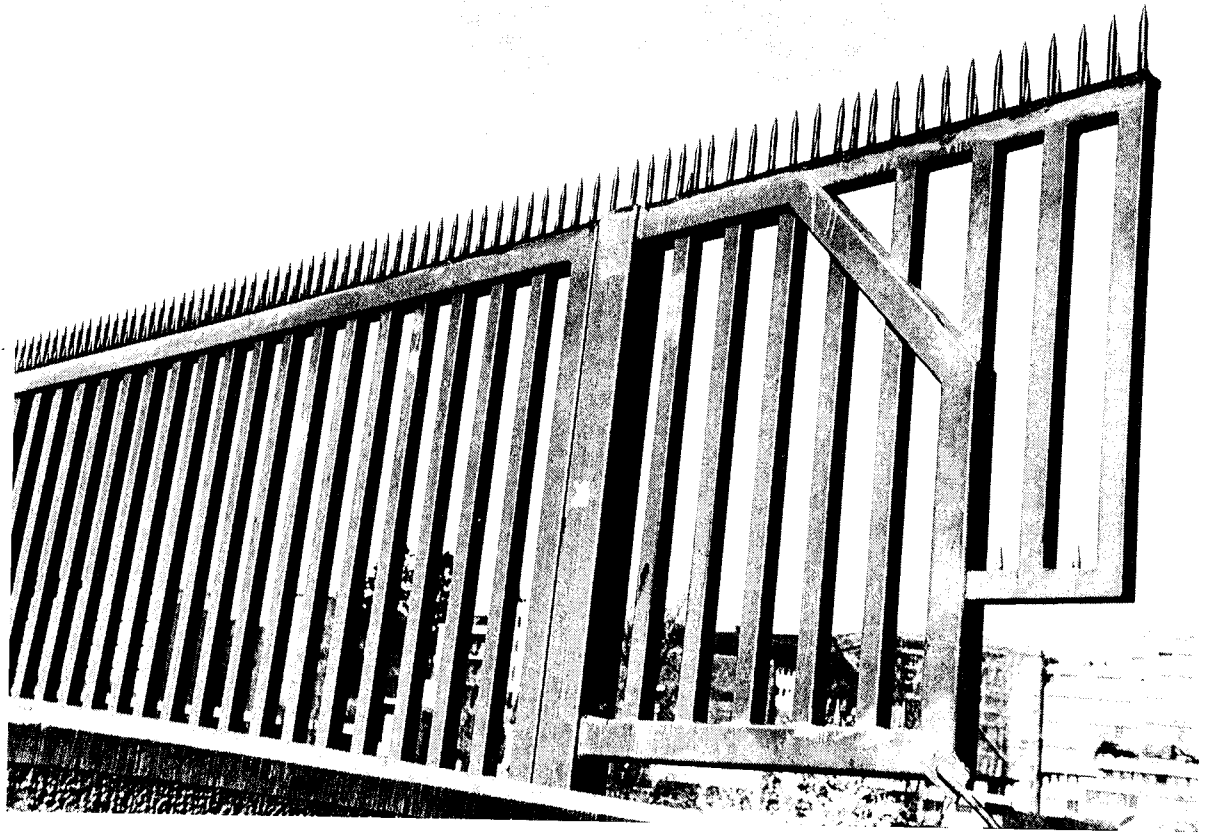
In Zeiten verschärfter Vertreibungspolitik verstärken sich die Gefahren für die Gesundheit und das Leben der DrogenkonsumentInnen durch verschiedene Faktoren massiv:

Aus Angst vor der Polizei wird im Stress der Stoff zu schnell gespritzt: Das Heroin wird normalerweise teurer und wird oft mit anderen oft giftigen Stoffen gestreckt. Die Aidsprävention unter den jetzigen Bedingungen ist Augenwi-

scherei. Spritzen werden weitergegeben oder mehrmals benutzt. Saubere Spritzen werden auf der Gasse wieder verdealte werden. Medizinische Hilfe bei Notfällen wird zum Zufallstreffer: In einem dunkeln Hauseingang im Kreis 5 schauen wenige hin wie "blau" du bist. Der Deal wird mit der gleichen oder verstärkter Gewalttätigkeit weitergehen, alles nur eine Frage der Reorganisation der Händlerbanden. Ueber

platzspitz

Foto: Gertrud Vogler



# tert.

kurz oder lang werden Menschen an den direkten und indirekten Folgen der Platzspitzräumung sterben. Einige werden, weil sie keinen braunen Ausweis haben, in Aarau oder Solothurn sterben und der stadtzürcherischen Statistik erspart bleiben. Ist das die Absicht?

## AIDS - UMFRAGE BETREFF SPRITZENTAUSSCH NACH PLATZSPITZ-GESAMTSCHLIESSUNG

### Zusammenfassung:

- 261 Fragebogen wurden ausgefüllt
- 49 (18,8%) davon haben die Auskunft verweigert
- 28 (10,7%) sind ungültig weil die Befragten "verladen" waren
- 9 (3,4%) wurden gleichentags schon woanders befragt
- 60 (23,0%) konnten den Fragebogen infolge psychischen und physischem Stress (Polizeikontrollen, Hetze, Vertreibung, erschwerte Stoffbeschaffung etc.) nicht ausfüllen
- 115 (44,1%) gültige Fragebogen wurden ausgewertet.

Bei der Auswertung wurden nur die gültigen Fragebogen berücksichtigt  
115 Fragebogen = 100%.

Die Umfrage wurde in den Kontakt- und Anlaufstellen Tarot und Seilergraben, sowie auf der Gasse durchgeführt.

Die Befragten waren zu 86% männlich und 14% weiblich.

Alterseinteilung: 8% unter 20 Jahren  
25% zwischen 20 und 24 Jahren  
35% zwischen 25 und 30 Jahren  
32% über 30 Jahre

Befragt wurde an folgenden Tagen: 14.2./17.2./19.2.1992

### Wichtigste Aussagen:

Die Umfrage zeigt eindeutig auf, dass nach der GESAMTSCHLIESSUNG des Platzspitzes ein äusserst beunruhigender Einbruch in der AIDS-Prävention stattgefunden hat.

Es lassen sich folgende Kernaussagen machen:

1. Der Bezug von sauberen Spritzen ist mit der Gesamtschliessung stark erschwert worden. 87,7% der Befragten sagten aus, dass es für sie schwieriger geworden sei saubere Spritzen aufzutreiben. Zum Vergleich: Nach der Nachtschliessung bejahten diese Frage 49,3%.
2. Die Frage, ob sie seit der Gesamtschliessung von anderen gebrauchte Spritzen verwendet hätten, bejahten 35,1%. Gemäss Studien der ZIPP-AIDS hatten 1991 rund 22% der drogenkonsumierenden Menschen gelegentlich gebrauchte Spritzen verwendet. Dieser Anstieg von 13,1% erscheint uns als AEUSSERST ALARMIEREND.



3. Noch krasser ist das Resultat bei der Frage; Hast du heute von anderen gebrauchte Spritzen verwendet? Von 18,4% wurde dies mit Ja beantwortet. Zum Vergleich: Diese Frage bejahten nach der Nachtschliessung 10,1%, und bei einer Umfrage des Sozialamtes der Stadt Zürich vor der Schliessung antworteten auf die gleiche Frage 0,5% mit Ja.
4. Engpässe in der Spritzenbeschaffung entstehen gemäss Umfrage für
  - 79 % zwischen 04 und 07 Uhr morgens
  - 75 % zwischen 20 und 24 Uhr
  - 78 % zwischen 24 und 04 Uhr
5. Ebenfalls alarmierend ist das Ergebnis auf die Frage; Hat Dir die Polizei seit der Platzspitz-Schliessung SAUBERE Spritzen weggenommen? 60% der Befragten antworteten mit Ja.

Wir halten fest:

Es ist stossend, dass von offizieller Seite noch immer keine diesbezügliche Abklärungen getroffen wurden. Die Umfrage zeigt, dass die Platzspitz-Gesamtschliessung ohne flankierende Massnahme als unmenschlich, unverständlich und unverantwortlich zu bewerten ist.

Wir vom Verein der PWA-Schweiz, der Selbsthilfegruppe ACT-HIV und vom Verein gegen gesellschaftliche Gleichgültigkeit (VGGG) fordern die Verantwortlichen erneut auf unverzüglich die AIDS-Prävention, die Opiatabgabe und das zur Verfügungstellen von geeigneten Räumen für drogenkonsumierende Menschen sicher zu stellen. Erneut fordern wir den Stadtrat auf, seine eigenen drogenpolitischen Grundsätze zu befolgen (Grundsätze 1.5.9. und 10) und nicht weiterhin eine Strategie zu verfolgen, welche die drogenkonsumierende Bevölkerung bestraft und verfolgt. Vielmehr gilt es das Hauptübel des Drogenproblems, die Prohibition, zu bekämpfen.

DIES IST EINE GEMEINSAME MITTEILUNG DES VEREINS DER PWA-SCHWEIZ, DER SELBSTHILFGRUPPE ACT-HIV, UND DES VEREINS GEGEN GESELLSCHAFTLICHE GLEICHGÜLTIGKEIT (VGGG).

Freystrasse 20 8004 Zürich Tel. 01/ 291 37 20

Di u. Do 09 - 13 Uhr

Mi 19 - 23 Uhr

Fr 14 - 17 Uhr

Kontaktpersonen : Fr. Iris Reuteler 14.00 - 15.30 Uhr 463-38-39  
Hr. André Kaufmann 19.00 - 23.00 Uhr 291-37-20

Die Schliessung des Platzspitzes ist Tatsache, die vorgesehene Bereitstellung von dezentralen Hilfseinrichtungen für DrogenkonsumentInnen in den Zürcher Gemeinden und den angrenzenden Kantonen in keiner Weise. Das erklärte erst vor wenigen Tagen auch der kantonale Drogendelegierte A. Stoppa gegenüber der Presse. Der geplante mobile Methadonbus ist nicht startbereit. Niederschwellige Methadonabgabe oder Arbeitsintegrationsprogramme, Tagesräume und Spritzenabgabe gibt es ausserhalb Zürich praktisch noch keine. Nach den Aussagen von Stoppa sind dafür im Kanton "eher 200 als 20 Betten" bereitgestellt...

Der Grossteil der Leute, die in der Drogenarbeit an der Basis tätig sind, haben die Platzspitzräumung abgelehnt oder zumindest das von der Stadt eingeschlagene, panische Schnellzugtempo bei der Vertreibung der Drogenszene kritisiert. Doch die Fachleute stiessen auf taube Ohren. Es gab Aktionen und Demonstrationen gegen die laufende Drogenpolitik, ohne Konsequenz oder grosses Echo

in der offiziellen Presse. Der Stadtrat hatte mit der harten Linie in der Drogenpolitik die allgemein meinungsbildenden Medien fest an seiner Seite. Der Tages-Anzeiger überschlug sich schon fast vor Begeisterung über die forsche und treibende Vorgehensweise des "rot-grünen" Stadtrates. Kritik an dieser Politik wurde nicht nur beim "Tagi" kleingeschrieben oder weggelassen.

Der Platzspitz ist tot, es lebe der Platzspitz!  
Die Szene bewegt sich langsam von ihm weg, stetig, unbeirrbar. Die Szene bewegt sich dorthin wo der Stoff ist, bewegt sich an den für sie naheliegendsten Ort. In den Kreis 5. Die Polizei bewegt sich auch, die Grenadiere in ihren Kastenwagen, im Schrittempo hinter den DrogenkonsumentInnen her. Die Polizei soll aus einer offenen Szene verdeckte Szenen machen, so will es der Stadtrat. Offenes Fixen und Dealen auf der Strasse soll verhindert werden. Auswärtige DrogenkonsumentInnen sollen aus der Stadt vertrieben werden. Der fürsorgliche Freiheitsentzug ist zwar klar widerrechtlich,

doch angesichts der momentanen Situation und der harten Vorgehensweise des Zürcher Stadtrates ist anzunehmen, dass die Behörden versuchen werden mit diesem Mittel Menschen von der Gasse abzugreifen, um sie gegen ihren Willen in psychiatrischen Kliniken zu internieren. Mit allen Mitteln wird von den Behörden versucht werden, die DrogenkonsumentInnenszene zu verkleinern, um in der Öffentlichkeit einen statistischen Erfolg nach der Schliessung vorweisen zu können.

Am Abend demonstrieren ca. 200 Leute gegen die Platzspitzschliessung. Der unbewilligte Demonstrationzug zieht mit Fackeln und Transparenten durch die Innenstadt. Die Polizei ist mit einem Grossaufgebot präsent, hält sich aber anfänglich noch zurück. Erst als nach dem Ende der eigentlichen Demo die Limmatstrasse vor der K&A Taro blockiert wird, stellt die Polizei ein Ultimatum. Die Menschenblockade löst sich auf. Im Verlauf des Abends werden im Kreis 5 noch verschiedene Strassenbarrikaden errichtet, die aber von der Polizei unverzüglich weggeräumt werden.

G E G E N D I E R Ä U M U N G  
D E S P L A T Z S P I T Z E S

Treffpunkt:

18.00h Riviera

AM TAG, AN DEM DER PLATZ-

SPITZ ERSTMALS TAGSUEBER

GESCHLOSSEN IST.

Route: Riviera - Seepromenade - Stadelhofen -  
Bellevue - Hirschenplatz - Platzspitz

# ausnahme

## VERTREIBUNG - UND DANN??

Riviera 1983

Seepromenade 1984

Stadelhofen 1984

Bellevue 1984

Hirschenplatz 1987

Platzspitz 1992

Trotz wohlklingenden und zum Teil absolut nichtssagenden Schlagwörtern wie Dezentralisierung, verdeckte Szenen (etc.): **Vertreibung bleibt Vertreibung**. Was ist es denn anderes, wenn Fixerinnen und Fixer nun wieder dazu gezwungen sind, im Verborgenen und Versteckten, in öffentlichen Toiletten und Hinterhöfen, zu fixen? Die Räumung des Platzspitzes schliesst sich nahtlos an die Räumungen der vergangenen Jahre an.

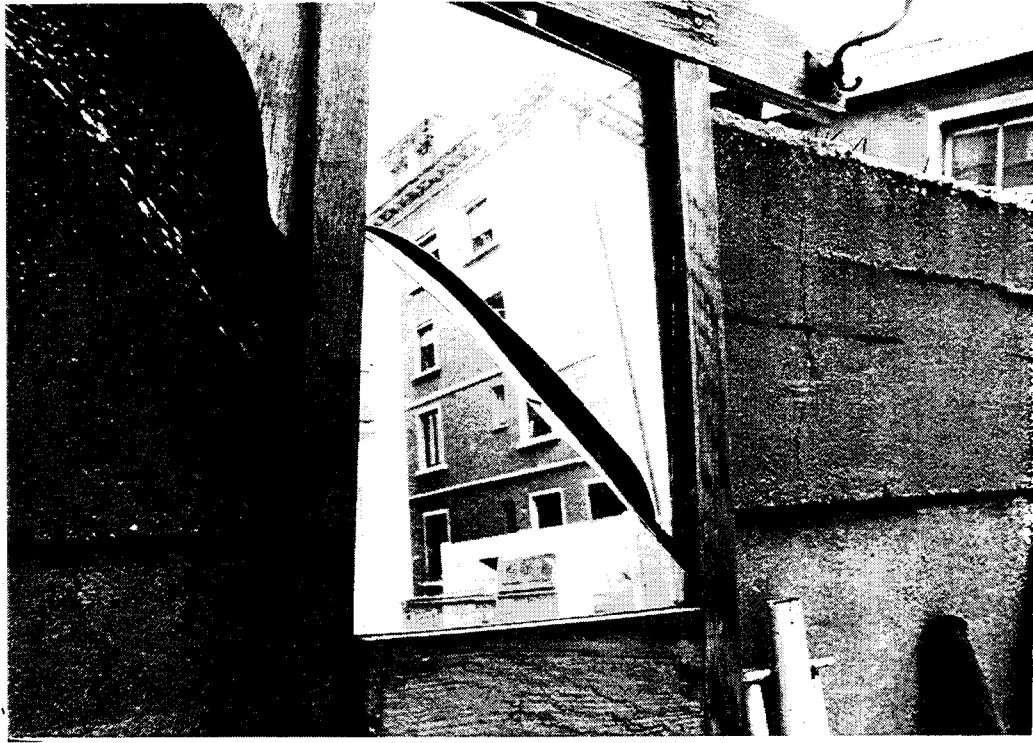
Solange der Konsum bestimmter Drogen verboten ist, solange wird es einen illegalen Drogenmarkt geben. Mit Räumungen lässt sich dieser nicht zum Verschwinden bringen, sondern nur durch unterschiedene Schritte in Richtung Legalisierung der bisher verbotenen Drogen.

Wir möchten keineswegs die Zustände verteidigen, welche am Platzspitz geherrscht haben, wie uns das oft vorgeworfen wird. Doch wer eine unerträgliche Situation verbessern will, muss ein Konzept vorweisen können, welches tatsächlich zu einem erträglicheren Zustand hinzuführen vermag. Das PODZ ist unserer Ansicht nach kein solches Konzept. Über seine sich abzeichnenden Folgen sind wir genauso beunruhigt wie die meisten Mitarbeiterinnen privater und städtischer gassennaher Institutionen.

Arbeitsgemeinschaft Platzspitz

Weiterhin sind wir auf Ihre Spenden angewiesen: pc 80-42838-3

Foto: Katrin Götsch



# -zustand im k

Schlag auf Schlag, im Eilzugtempo wurden die Vorbereitungen zur Platzspitzschliessung in den vergangenen Monaten von den politisch Verantwortlichen durchgepaukt. Mit der Durchsetzung der Schliessung ist der Druck von rechts in der Drogenpolitik zumindest auf Zeit neutralisiert. Jetzt passiert im Vergleich zu vorher eigentlich nichts mehr. Die Zürcher Stadtregierung wartet ab. Die DrogenkonsumentInnen und die Dealer verschieben ihren Markt hauptsächlich in den oberen Kreis 5, nahe des Bahnhofes. Ein täglich aufkreuzendes grosses Polizeiaufgebot kontrolliert meist die DrogenkonsumentInnen, nimmt ihnen den Stoff und Spritzen ab, reisst ihnen auch mal eine Fixe aus den Venen. Wie vorauszusehen war verschwindet die offe-

# ne Drogenszene in keiner Weise. Polizeivorstand Neukomm spricht zwei Tage später gegenüber der Presse von einer "heiklen Zwischenphase". Volksverdummung oder echte Naivität?

In den Lokalseiten der Zürcher Presse ist in den folgenden Monaten die Kriegsberichtserstattung aus dem Kreis 5 das Hauptthema. Hier spielt sich tatsächlich die Drogenpolitik ab, das Katz und Maus-spiel zwischen Polizei und Drogenszene. Da gibt es Artikel über die verunsicherte Quartierbevölkerung, über die gestressten Junkies, zu den überarbeiteten Polizeibeamten. Plötzlich ist auch z.B. im Tages-Anzeiger die städtische Drogenpolitik nicht mehr sakrosankt, darf Barbara Bürer vermehrt wieder kritische Artikel zu diesem Thema schreiben.

## reis 5

Eine Woche nach der Schliessung zieht die stadträtliche Drogendelegation eine erste Bilanz:

Zwar wird die Verlagerung der Drogenszene in das Wohnquartier bedauert, doch hat insbesondere Arthur Grob, Chef des Kriminalkommissariates 5, schnelle Erfolgsmeldungen aus der Sicht der Polizei zu bieten. Er behauptet, die sich im Kreis 5 bewegende Drogenszene sei auf 300 Leute geschrumpft und die Beschaffungskriminalität sei rückläufig. Trotzdem, bei der dezentralen Spritzenabgabe werden täglich immer noch 8000 Spritzen unter die Leute gebracht. Aber der Spritzentausch auf der Gasse ist immer mehr zu beobachten. Vor der Schliessung wurden 10000 Spritzen verteilt. Ueber den Daumen gepeilt finden also nach der Schliessung immer noch gleichviele "Kicks" ihren Weg in die Venen.

Nach dieser Spritzenrechnung ist die Szene wenn überhaupt, nur um Weniges geschrumpft, oder die angegebenen Zahlen sind erlogen. Der erwartete Ansturm in den wenigen dezentralen Hilfseinrichtungen, in den Zürcher Landgemeinden oder im Aargau nach der Schliessung bleibt aus.

An der Pressekonferenz kündigt Gesundheits-

vorstand Nigg an, dass die Stadt in Absprache mit dem Kanton im Verlauf der nächsten Woche mit der niederschweligen, befristeten und ärztlich kontrollierten Abgabe von Methadon beginnen wird. Das heisst, um das Methadon zu erhalten sind Abstinenz und begleitende Therapie nicht mehr Voraussetzung.

### Wo ist sie geblieben, die Drogenszene?

Ein Teil musste sich von Anfang an, der offenen Drogenszene auf der Gasse aussetzen. Der Hinterhof an der Konradstrasse, die Limmatstrasse vor dem Taro, der Carparkplatz, die Wiese vor der Kunstgewerbeschule u.s.w., alles Orte wo der Deal läuft und gefixt wird. Alles Orte, die nur wenige hundert Meter voneinander entfernt sind. Zwischen der Polizei und der Drogenszene spielt sich ein Rundgang zwischen diesen Plätzen ein. Die Leute, die sich hier, im oberen Kreis 5 ihren Drogenkonsum organisieren, sind gegenüber der Polizei am exponiertesten, da sich diese Szene in grossen Gruppen z.T. von Hunderten von Leuten zusammenrottet. Hier ist auch der Platz der "Filterli-Fixer" (meistens Männer), die anderen DrogenkonsumentInnen die benötigten Utensilien zum Fixen (saubere Löffel und Spritzen, Wasser, Ascorbin) anbieten. Nachdem der Stoff im Löffel aufgelöst wurde und durch einen Filter in die Spritze aufgezogen ist, kann der "Filterli-Fixer" den übriggebliebenen Rest im Filter für sich behalten. Diese "Anbieter" in der Szene sollte es nach dem Willen der stadträtlichen Drogendelegation nach der Platzspitzschliessung gar nicht mehr geben. Sie werden von der Polizei auch immer massiv angegriffen und der superprovisorische Filterlisch mit den daraufliegenden Utensilien wird mit Fusstritten in den Dreck befördert. Die grösseren Szenen im oberen Kreis 5, die sich unmittelbar nach der Platzspitzschliessung bildeten, werden in den folgenden Wochen und Monaten durch die dauernde Präsenz der Polizei, nicht etwa unattraktiver, sondern bleiben Treffpunkt und Marktplatz der Szene. Der Frühling mit schönem und warmem Wetter bewirkt, dass diese "Wanderszenen" im Gegen-

teil noch anwachsen. (Stand Mai)

Ein Merkmal der ersten Zeit nach der Schliessung ist auch, dass wieder mehr DrogenkonsumentInnen den Kleindeal zur Finanzierung des Eigengebrauchs betreiben können. Die in Banden organisierten Dealer ziehen sich in dieser ersten Zeit, wegen der Polizei von der Strasse zurück, um die neue Lage zu überdenken, und den Drogenverkauf den Umständen entsprechend zu reorganisieren. Die KleindealerInnen wohnen z.T. bei den Dealern, die sie mit dem Stoff versorgen. Diese Schicht der DrogenkonsumentInnen ist nicht mehr so oft auf der Gasse anzutreffen wie zuvor.

Im unteren Kreis 5 aber auch im Kreis 4 oder 10 sind die Leute ebenfalls unterwegs, auf der Suche nach einem Dealer mit Stoff oder nach einem ruhigen Ort. Hier sind sie meist vereinzelt anzutreffen, treten sie nur selten in Gruppen auf. Die Polizei ist in diesem Gebiet auch nur sporadisch präsent, konzentriert ihre Tätigkeit vorwiegend auf die vorher genannten grösseren Szenen. Doch die DrogenkonsumentInnen und die Dealer die sich schon im Bereich der Langstrasse wieder sicherer fühlen, die einzeln unterwegs sind, prägen die Stimmung gleichfalls, die Hektik des Platzspitzes, wenn auch in abgeschwächter Form, wird zur massgebenden Stimmung für alle, die sich in dieser Gegend bewegen.

Gerade in der Umgebung der Langstrasse beginnen die Dealer sich auch in Restaurants, Cafés und in Imbissecken zu installieren. Nach der Platzspitzschliessung öffnen auffällig viele neue "Fast-food"-Restaurants ihre Tore. In diesen Lokalen läuft offensichtlich ein Teil des neu organisierten Deals.

Der Haschdeal findet zu bestimmten Zeiten immer noch am alten Platz beim Sihlquai statt, doch ist die Handelskapazität hier relativ bescheiden geworden. Dafür läuft dieser Deal für die, welche sich gut auskennen auch vermehrt wieder in einschlägigen Spunten. Die vorgesehene Trennung von hartem und weichem Drogendeal hat nicht funktioniert. Ein Stift vom Lande wird auf der Suche nach Hasch jenste Male "Schuger" angeboten bekommen. Zuvor war der Sihlquai für "weiche" Drogen eine sichere Adresse.

Mit der Schliessung des Platzspitzes sollte die Möglichkeit und der Anreiz für NeueinsteigerInnen Drogen zu konsumieren verkleinert werden. Jetzt muss aber niemand mehr den Entscheid treffen auf den Platzspitz zu gehen, um sich mit einem "Piece" einzudecken, heute findet, wer will, Drogen einfach in der ganzen Stadt.



## Verlegung der Drogenszene

Der Platzspitz ist seit einigen Wochen geschlossen, die Szene hat sich auf die offene Strasse verlegt. Weil sich unsere Schulen und Arbeitsplätze allesamt in der Stadt Zürich befinden, kommen wir nicht darum herum, nicht nur durch den grossen Medienrummel, sondern auch auf direkte Weise mit unserem gemeinsamen grossen Problem konfrontiert zu werden. Oder anders: Ein Alkoholiker, welcher gewillt ist, von seiner Sucht loszukommen, wird jegliche Beizen meiden. Wir Ex-Fixerinnen und Ex-Fixer, für welche im Vergleich zum Alkoholiker die Beiz die Platzspitz-Szene darstellt, sind gezwungen, täglich mittendurch zu gehen.

Natürlich sagen wir uns immer wieder: «Was uns nicht umbringt, macht uns stark.» Doch der Weg dorthin ist hart: Erinnerungen werden erst recht wachgerufen, nicht mehr vorwiegend an die Droge selbst, sondern vor allem auch an Gesichter, die eigentlich bereits aus unserem Gedächtnis gestrichen waren; an eigene Geschichten, Dealereien, welche wir selbst erlebt hatten. Vielleicht sehen wir uns sogar selbst wieder hinter dem Filtertisch gerade neben der Tramhaltestelle.

Die Möglichkeit, dass der eine oder andere unter uns kippt, ist momentan doppelt hoch: Es bedarf nicht mehr eines für



Foto: Gertrud Vogler

Neben den Filterfixern trifft die Repression und deren Folgen, die Frauen auf der Gasse, die für ihren Drogenkonsum anschaffen müssen am härtesten. Den Stress auf der Gasse nach der Schliessung, nützen die Freier skrupellos aus. Die Preise werden weiter nach unten gedrückt, "ohne Pariser" ist Standardforderung. Den Frauen, die sich wehren, wird von den Freiern als weiteres Druckmittel auch immer wieder mit einer Verzeigung bei der Polizei gedroht. Das Gespräch unter den Frauen, der Informationstausch über gewalttätige Freier, Selbsthilfe, ist unter den herrschenden Umständen nicht mehr möglich. Die "männerfreie Zone" des Lila-Busses, der die Möglichkeit dazu geboten hatte, wurde vom Sozialamt ersatzlos zugemacht. Das Atelier Purpur, das ebenfalls im Seefeld den Frauen einen Raum für ein paar wenige stressfreie Stunden zur Verfügung stellte, hat ebenfalls vorläufig geschlossen, weil sich nach der Schliessung fast der gesamte Drogenstrich in die Nähe des Deals verschob. Die Polizei verteilte zudem ab Herbst 91 massiv Bussen an die Frauen, die im Seefeld anschafften, sodass sie sich zusätzlich für das Bussengeld prostituieren mussten. Die Frauen, die den Strich an der Zollbrücke hinter dem Bahnhof frequentieren werden weniger gebüsst, da dieser Platz schon der offiziellen Strichzone zugerechnet wird. Durch den Ausnahmezustand auf der Gasse, geht es viel länger bis ein "Piece" beschafft ist. Dabei geht frau immer das Risiko ein, von der Polizei durchsucht zu werden. Frauen wie Männern wird oft von der Polizei das Geld, das sie auf sich tragen ohne Quittung abgenommen. Das bedeutet dann für die Frauen nochmaliges Anschaffen zu niedrigen Preisen. In der ersten Zeit der Reorganisation der Drogenszene schickten die Händler vermehrt auch Frauen auf die Strasse um den Kleideal aufrecht zu erhalten, da sie sich selbst in dieser Zeit von der Gasse fernhalten.

Die Drogenszene bleibt in der Bewegung stationär. Nicht mehr so konzentriert wie auf dem Platzspitz, dafür ist sie in weiten Teilen der Stadt verdünnt vorhanden. Sie diffundiert, schon unmittelbar nach der Schliessung, insbesondere in die Kreise 5, 4 und 10 und bleibt, setzt sich fest. Mit dem herannahenden Frühling, im März kommt auch wieder mehr Leben auf die Gasse, die DrogenkonsumentInnen sind nicht mehr die einzigen, die dort anzutreffen sind, wie das im Winter oft der Fall war. Die soziale Kontrolle der Polizei wird grösser, aber auch die polizeiliche Kontrolle aller Leute, die sich auf den Strassen, in Parks, am

Überlegungen langen Weges bis hin zum Rondell: nur ein kurzer Augenblick, ein «Ja» genügt – ist doch sicher fast allen, die sich hie und da in der Umgebung Sihlparkplatz/Limmatstrasse befinden, bereits ein oder sogar mehrere Male Heroin oder sonst eine Droge angeboten worden.

Für eine sinnvolle Freizeitgestaltung, die für uns lebensnotwendig ist, haben wir uns ein Malatelier erarbeitet, in welchem wir unter Leitung einer ausgebildeten Maltherapeutin an uns arbeiten können. Einige Tage nach der Schliessung des Platzspitzes wurde uns die Räumlichkeit dazu weggenommen, zugunsten einer unregelmässigen Methadonabgabestelle. Einen Ersatzort konnten wir nur noch an der Ausstellungsstrasse beim Limmatplatz, also fast mitten in der jetzigen Szene, finden.

Wir wollen uns weder für noch gegen die Schliessung aussprechen, denn das tun andere mehr als genug. Wir melden uns zu Wort, da über die Ängste und Gefühle – gerade in dieser Zeit – derjenigen, welche fest bestrebt sind, ein drogenfreies Leben zu leben, unseres Erachtens zu wenig berichtet wird.

NEUN EHEMALIGE FIXERINNEN UND FIXER,  
AUSSENWOHNGRUPPE SCHWAMENDINGEN  
DER DROGENSTATION FRANKENTAL

Bahnhof aufhalten, sich im öffentlichen Raum bewegen oder noch schlimmer, dort verweilen, sitzenbleiben, herumhängen. Die Dealer nehmen in den Gartencafés Platz, bieten offen ihre Ware an. Heroin und Kokain sind leichter aufzutreiben als Hasch. Mit den Wochen und Monaten kehrt die trügerische Ruhe der Gewohnheit ein. Der Ausnahmezustand wird zum Alltag.

## Der Kreis 5 unter Druck

Nach der Schliessung wird in erster Linie der Kreis 5 zum neuen Drogenhandelsplatz. Das war vorauszusehen. Schon im Vorfeld der Schliessung, bei erhöhter Polizeipräsenz und -repression um und auf dem Platzspitz wick die Szene meistens in das nahe Industriequartier aus. Der Kreis 5 ist immer noch ein Quartier in dem viele AusländerInnen, Wohngemeinschaften, junge Familien einen Ort zum Wohnen finden. Diejenigen die bei Abstimmungen eine Stimme haben und auch zur Urne gehen, vertreten hier in ihrer Mehrheit fortschrittlichere oder "linke" Positionen. Schon vor der Schliessung war das Industriequartier keine "idyllische Armeleutegegend mit Ambiente". Das Milieu ist hier zu Hause, in alten Wohnhäusern müssen meist Frauen aus dem Trikont sich prostituieren, um sich ihr Leben hier zu verdienen. Der ganze Kreis 5 ist Spekulationsobjekt. Die im Vergleich relativ billigen Mietzinsen, die ein durchmischtes und lebendiges Quartier möglich machen, werden bald der Vergangenheit angehören. Der Kreis 5 soll stufenweise totalsaniert werden, die jetzige Bevölkerung durch Angehörige einer höheren Einkommensklasse mit dazugehöriger politischer Einstellung ersetzt werden. Kleine Läden und Handwerksbetriebe, die es hier noch gibt, werden der Sexindustrie und dem "fast food", oder Galerien und chicen Restaurants weichen müssen. Profit statt Lebensqualität, so wollen es die Spekulanten und die ehrgeizigen Stadtplaner. Doch der Kreis 5 lässt sich nicht einfach "sauber kämmen". Noch ist nicht jeder Quadratmeter genutzt und verplant. Es gibt geheimnisvolle Hinterhöfe, unbekannte Kinderspielplätze und ungenutztes Niemandsland. Es gibt auch die besetzten Häuser und die Wohlgroth. Die Leute in der Nachbarschaft kennen sich oft, lieben dieses Quartier, wollen in keinen anderen Kreis oder in die Agglomeration abgeschoben werden. Das schafft eine renitente Grundstimmung, nicht immer manifest, aber auch nicht wegzudiskutieren. Der Kreis 5 hat das Heu definitiv nicht auf der gleichen

Bühne wie die Herren und Damen vom "Zürberg" oder die zürcherische Regierung.

Nach der Schliessung: der Kreis 5 als Drogenhandelsplatz. Zufall oder Konzept der zürcherischen Politik? Klar, für die Drogenszene ist das Industriequartier der beste Ort, sich wieder festzusetzen. Von seiner baulichen Struktur her verwinkelt, mit vielen Hinterhöfen, ungenutzten Ecken und Eingängen. Schwer zu kontrollieren, findet sich hier doch immer wieder ein Ort wo man/frau Zeit für einen "Knall" hat. Dass der Grossteil der Bevölkerung sich hier eher mit den "Unterdrückten" solidarisiert oder sie zumindest in Ruhe lässt, als mit den Herrschenden kollaboriert, wird den DrogenkonsumentInnen auch nicht entgangen sein, die für solche Stimmungen ein sensibles Organ besitzen.

Auf der anderen Seite scheint auch die Stadtregierung den Kreis 5 als Laborplatz ihrer Drogenpolitik ausgewählt zu haben. Hier also wollen die "Stadtalchimisten" offene Drogenszenen in verdeckte Drogenszenen umprägeln. Die Drogenszene wird im Kreis 5 installiert, weil die Behörden nicht zu Unrecht annehmen, dass die Quartierbevölkerung hier die Einzige in dieser Stadt ist, welche die Junkies auf Zeit akzeptieren wird, ohne dass es zur Eskalation kommt, wie z.B. an der Saumstrasse im Dezember 91. In anderen Stadtkreisen wäre eine starke Lobby von Geschäftsleuten, einflussreichen BürgerInnen oder die Bürgerwehr gegen

Foto: Katrin Götz



die Szene und den Stadtrat Amok gelaufen. Eine solche Lobby gibt es im Kreis 5 nicht. Die AusländerInnen haben ohnehin nichts zu sagen und der Rest der Bevölkerung hat weder



das Kapital, noch den dazugehörigen politischen Einfluss im Rücken, um der Politik des rot-grünen Stadtrates Paroli zu bieten. Denn die Meinung der Basis, welche sie im Frühjahr 90 an die Macht gebracht hat, zählt nicht mehr. Die Gitter am Bahnhof sind die Grenze zwischen dem sauberen, teuren Einkaufs- und Bankenparadies Bahnhofstrasse und der Zone 5, Platz der Ausgegrenzten. Zürcher Bevölke-

vermehrter Autoverkehr von Freiern und Dealern. Viele BewohnerInnen haben jetzt Angst in dem Quartier, in dem sie sich zuvor wohl fühlten, das sie trotz steigenden Mieten nicht verlassen wollten. Jetzt überlegen sich viele auszuziehen, wer will schon in einem von Polizei und Dealern besetzten Gebiet wohnen, wenn man/frau noch eine andere Wahl hat? Die verelendete Drogenszene wird bei gleich-

Foto: Katrin Götsch



rungspolitik. Einem intakten Quartier, in dem AusländerInnen, HausbesetzerInnen, autonome Kultur und auch DrogenkonsumentInnen ihren Platz hatten, wird der Krieg angesagt. Die gesamte durch die Polizeirepression immer weiter verelendende Drogenszene wird im Quartier herumgetrieben. Die Polizei ist am Tag rund um die Uhr auf den Strassen, kontrolliert nicht nur DrogenkonsumentInnen, sondern auch QuartierbewohnerInnen auf dem Heimweg. Die Polizeipräsenz und die meist unbehelligten Dealerhorden prägen das Strassenbild. Der Stress der Gasse wird zum Stress des Quartiers. Nur möglichst schnell von der Tramhaltestelle zur Haustüre gelangen. In der Nacht, nach den Geschäftszeiten, zieht die Polizei sich meist zurück. Nur wenige QuartierbewohnerInnen wagen sich zu Fuss noch alleine auf den Nachhauseweg. Mit der Vertreibung der Szene vom Platzspitz wurde auch die Gewalt ins Quartier getrieben. Die Gewalt der Dealer bei Verteilungskämpfen unter rivalisierenden Banden, oder beim Eintreiben von Schulden. 24 Stunden Hektik im Quartier und

bleibender offizieller Politik zu einer Verelendung des Quartiers führen. Insbesondere kleine Läden werden bald wegen Umsatzeinbußen schliessen müssen, die Strassen und Restaurants, früher Begegnungsorte für das Quartier werden die BewohnerInnen meiden. Die Kinder dürfen zum Spielen nicht mehr vor die Haustüre. Lebensqualität gleich Null. Kein Zukunftsszenario sondern z.T. schon Realität. Wenn dazu noch die Besserverdienenden aus dem Quartier ausziehen, werden die Randständigen und Renitenten der Stadt hier bei hoher Polizeipräsenz alle am gleichen Ort unter sich sein. Die Frauen aus dem Trikont, die für ihren Lebensunterhalt anschaffen müssen, die AusländerInnen, die alten Leute, HausbesetzerInnen, die DrogenkonsumentInnen usw. Zum gegebenen Zeitpunkt kann dann ein solches "Ghetto" mit den probaten Mitteln der Ausschaffung, Kündigung und Repression geräumt werden, um die profitable Sanierung des Kreis 5 endgültig durchzusetzen.



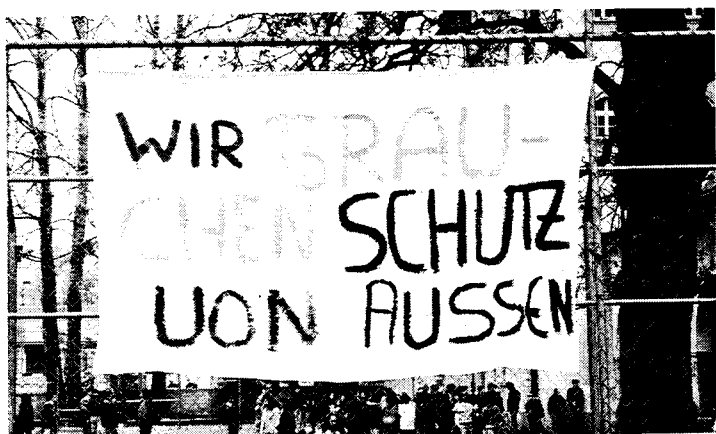
## Widerstand aus dem Quartier

Der Ausnahmezustand im Kreis 5 wird in den ersten Wochen noch halbwegs toleriert. Einzig die Interessengemeinschaft Kreis 5 (IG Kreis 5) protestiert an einer Pressekonferenz kurz nach der Schliessung gegen die Vertreibung der DrogenkonsumentInnen und fordert die Wiedereröffnung des Platzspitzes. Die Stadt veröffentlicht vorschnelle Erfolgsmeldungen der Repressionspolitik, die Medien ziehen vorerst mit. Aber schon nach kurzer Zeit ist insbesondere den QuartierbewohnerInnen aus eigener Ansicht klar, dass die eingeschlagene Vertreibungspolitik zu einer weiteren Verelendung der Drogenszene, nicht aber zu ihrem Verschwinden führen wird. Die Hilflosigkeit gegenüber der untragbaren Situation im Quartier findet ihren Ausdruck in Zeitungsartikeln und in LeserInnenbriefen, die sich meist gegen die Zürcherische Drogenpolitik und nicht gegen die DrogenkonsumentInnen richten. Ende März wird der Protest aus dem Quartier lauter: Am 20. März 92 streiken die OberstufenschülerInnen des Limmatschulhauses A gegen die Drogenpolitik. Mit ihrem vormittäglichen Streik machen die 12-16-jährigen auf ihren drastisch veränderten Alltag aufmerksam: Die Angst, am Abend mit KollegInnen auf die Strasse zu gehen. Die Dealer, die den SchülerInnen immer wieder Heroin anbieten, die "Postplatzspitzstimmung" im Quartier. "Zuerst haben sie gesagt, "Hände weg von den Drogen" und jetzt haben sie uns die Szene vor die Nase gesetzt." Auf Transparenten und Plakaten fordern sie "Menschenwürde für alle. Gebt auch den Süchtigen ein Zuhause. Gebt ihnen Fixerräume und ärztliche Betreuung. Lasst sie

nicht auf der Strasse, denn auch Süchtige sind Menschen und keine Tiere." Noch am gleichen Tag beschliesst die Kreisschulpflege Limmattal an der Schulpflegesitzung, an die Drogendelegation des Stadtrates zu schreiben. Sie fordern dasselbe wie die streikenden SchülerInnen, konkret dezentral angelegte Gassenzimmer.

Eine halbe Woche später, am 25. März 92, sind es wiederum SchülerInnen aus dem Kreis 5, die für eine humanere Drogenpolitik protestieren. Sie besuchen die Schule für Gestaltung. Der Park vor der Schule ist einer der Treffpunkte der Szene, der immer wieder frequentiert wird. Die SchülerInnen fühlen sich auf dem Schulweg und in der Umgebung ihrer Schule durch den Deal und Beschaffungskriminalität bedroht. Mit einer Demo durch die Innenstadt machen die rund 150 SchülerInnen auf die Situation im Kreis 5 aufmerksam. Auf dem Paradeplatz werden aus Protest symbolisch Riesenspritzen aus Karton hinterlegt. Der Protest richtet sich aber nicht gegen die DrogenkonsumentInnen, sondern gegen die repressive Zürcherische Drogenpolitik. Ihre Forderungen sind: Gassenzimmer und Infrastruktur für DrogenkonsumentInnen, Entkriminalisierung des Drogenkonsums und ärztlich kontrollierte Heroinabgabe.

Einen Tag später eine Veranstaltung der Interessengemeinschaft (IG) Kreis 5 im Hotel "Limmat". Die IG Kreis 5 kämpft schon seit mehreren Jahren mit Aktionen und Informationsveranstaltungen gegen Spekulation und Quartierzerstörung zwischen Bahnhof und dem Hardturm. "Was ist mit unserem Kreis 5 los?", ist die Frage an der jüngsten Veranstaltung an der 700 QuartierbewohnerInnen teilnehmen. Die Situation nach der Platzspitzschliessung und die Wohnsituation sind die Hauptthemen des Abends. Die geladenen Gäste Estermann, Lieberherr, Nigg und Neukomm haben allesamt "andersweitige Verpflichtungen". Diskutiert wird vor allem über Selbsthilfe im Quartier. Die wenigsten DiskussionsteilnehmerInnen glauben daran, dass von "oben", von der Stadtregierung und den Behörden Unterstützung bei den im Quartier anstehenden Problemen erwartet werden kann. QuartierbewohnerInnen, die der IG Kreis 5 nahe stehen, ziehen am 3.4 vom Limmatplatz zum Stadthaus und übergeben Stapi Estermann eine Petition mit Forderungen aus dem Quartier.



V  
o  
r  
e  
i  
n

V  
o  
r  
e  
i  
n

Presseerklärung

Als BewohnerInnen, PendlerInnen und Gewerbetreibende im Kreis 5 verurteilen wir die Repressionspolitik des Stadtrates. Zudem sind wir empört über seine rücksichtslose Haltung den Menschen im Kreis 5 gegenüber. So müssen wir nun in einem Quartier mit verriegeltem Bahnhof, abgesperrten Strassen und kriegsähnlicher Polizeipräsenz leben.

Nicht zuletzt aus wahltaktischen Gründen beugt sich die Stadtbehörde der Stimmungsmache von bürgerlichen Parteien und Verbänden. Die Politik der Stadtbehörde unterscheidet sich heute kaum mehr von den Forderungen nach Zwangsmassnahmen rechtsbürgerlicher Kreise.

Die Zerschlagung der offenen Drogenszene führte zur Vervielfachung der Drogenpreise und somit zu erhöhter Beschaffungskriminalität und Prostitution. Durch Abräumen minimalster Infrastruktur wie Aidsprävention, Spritzenabgabe und medizinischer Hilfe wurden und werden Drogen-tote in Kauf genommen.

Wir fordern den Stadtrat dringend auf, eine bessere Lösung auf dem Platzspitz zu realisieren.

- Die sanitären und für die medizinische Betreuung notwendigen Einrichtungen zu erstellen
- Eine kontrollierte Drogenabgabe endlich zu realisieren
- Schluss mit nichtsbringenden Verhaftungen von Drogenabhängigen.

Durch Liberalisierung der Drogenabgabe kann den heutigen Dealerorganisationen wirkungsvoller entgegen getreten werden.

IG Kreis 5

10.2.1992

Interessengemeinschaft Kreis 5, Kilgengstrasse 23, 8005 Zürich, Postcheckkonto 80-30570-4

Was ist mit "unserem Kreis fünf" los?  
Grosse Veranstaltung zur Situation in "unserem Kreis 5"  
Che cosa succede nel "nostro quartiere cinque"?  
Discussione sulla situazione nel "nostro quartiere 5"  
¿Qué sucede en "nuestro Kreis 5"?  
Gran reunión sobre la situación en "nuestro Kreis 5"  
MAHALLEHIZDE NETIR OLUYOR?  
BİZİM MAHALLEMİZ "KREIS 5"  
TE KI DURUM ÜZERİNE BÜYÜK TOPLANTI

V  
o  
r  
e  
i  
n

DONNERSTAG 26. MÄRZ 1992

HOTEL LIMMAT 20.00 UHR



FOTO KLAUS ROSZA

DROGEN

Hat sich die Szene zufällig in den Kreis 5 verlagert oder wurde zynisch mit der Toleranz der Bevölkerung gerechnet?

STADTENTWICKLUNG  
Spekulation  
Citydruck/Verkehr

Was machen Sie mit Ihren Mietzinsaufschlägen?  
Was machen wir mit der Zweckentfremdung der bestehenden Wohnhäuser und der grossen Verkehrsbelastung?

Quartierleben

Wie können wir das Zusammenleben der Leute aus den verschiedenen Kulturen fördern?

Es sollen vor allem die im Quartier wohnenden und arbeitenden Leute zu Wort kommen. Übersetzungszusammenfassung in Italienisch, Spanisch, Türkisch.  
Discussione aperta per tutta la gente che abita e/o lavora nel quartiere. Riassunti in italiano.  
Deben hablar sobretodo los habitantes y trabajadores del barrio. Resumen en castellano.  
MAHALLEHIZDE OTURAN VEYA CALIŞAN BÜTÜN İNSANLAR DÜŞÜNCELERİNİ SOYLEMEK İZLER. KONUŞMALAR AYRICA OTUZ OLARAK TÜRKÇE'YE DE TERCÜME EDİLECEKTİR.

Engeladen sind der Stadtpräsident und 3 StadträtInnen

Zürich, 3. April 1992

An den Zürcher Stadtrat

Am 26. März 1992 hat im Limmathaus eine Veranstaltung der IG Kreis 5 stattgefunden an der über 600 Leute teilgenommen haben. Dies und die verschiedenen Aktivitäten der IG Kreis 5 in den letzten Monaten haben ihre Legitimation als Stimme aus dem Quartier belegt.

Die Stadträtin Frau Lieberherr und die Stadträte Herren Neukomm und Nigg sowie der Stadtpräsident Herr Estermann wurden zur Veranstaltung am 26.3.92 eingeladen. Mit Brief vom 12. März 1992 wurde uns mitgeteilt, dass keine der Eingeladenen an der Diskussion teilnehmen kann und es wurde der Vorschlag gemacht, dass ein Gesprächstermin mit einer Delegation der IG Kreis 5 vereinbart wird.

An der Veranstaltung selbst wurde beschlossen, dass eine Delegation der Anwesenden die am Abend aufgestellten Forderungen ins Stadthaus bringt. Hier die Forderungen:

Legalisierung der Drogen

- FixerInnenräume
- Die Hälfte der DrogenpolitikerInnen soll durch Betroffene ersetzt werden
- Weg mit den Gittern, im Quartier, Hinterhöfen, Bahnhof, Platzspitz
- Die kriegsähnliche Polizeipräsenz muss aufgehoben werden
- Keine Räumung der besetzten Häuser und Fabriken
- Baustop - Schutz von günstigem Wohnraum
- Die Vorschläge zur Verkehrsberuhigung aus dem Kreis 5 sollen endlich realisiert werden
- Wer kein Auto hat, kann günstigen Wohnraum in der Stadt beanspruchen

Innerhalb der nächsten zwei Wochen erwarten wir eine Stellungnahme der Verantwortlichen zu diesen Punkten und zwar an einer von der Stadtregierung organisierten öffentlichen Veranstaltung im Kreis 5.

IG Kreis 5

Offener Brief an den Stadtrat von Zürich

Als StudentInnen, LehrerInnen und MitarbeiterInnen von Schule und Museum für Gestaltung Zürich erleben wir die Auswirkungen der Platzspitz-Schliessung täglich aus nächster Nähe. Wir sind nicht länger bereit, der sinnlosen Hetzjagd auf geschwächte und verelendete FixerInnen schweigend zuzusehen. Die aktuelle Situation in unserem Quartier zeigt einmal mehr, dass sich die Politik der Vertreibung und Kriminalisierung von DrogenkonsumentInnen im Kreise dreht.

Deshalb appellieren wir an den Zürcher Stadtrat und an die Verantwortlichen in den politischen Parteien, Zivilcourage zu beweisen und die kontrollierte Heroinabgabe nötigenfalls auch ohne Zustimmung des Bundesrates einzuführen sowie die Einrichtung von Gassenzimmern und genügend Langzeittherapieplätzen voranzutreiben. Der Konsum von harten Drogen ist genauso Teil unseres Alltags wie Alkoholismus oder Tablettenmissbrauch; dieser Tatsache müssen wir alle, auch der Stadtrat von Zürich, endlich ins Auge sehen.\*

Sandra Küenzi, Palma Fiacco, Eliane Rutishauser, Ulrich Görlich, Roberto Valentino, Sabine Hegmann, Anja Burse, Lotta Bleuler, Martina Kupferer, Roland Iselin, Isabel Truniger, Manuela Ledermann, Igor Vinci, Claudia Remondino, Mirjam Staub, Luc Berger, Rita Schelbert, Maya Penasa, Yvonne Seidenberg, Regula Bärth, Andrea Helbling, Dieter Kleinert, Maya Dickertof, Klodin Erb, Markus Wetzal, Brigitt Lademann, Mario Sala, Meret Wandler, Claudia Lutz, Mirjam Ledergerber, Judith Affolter, Johanna Gassmann, Marc Lendorff, Urs Fischer, Barbara Deatz, E. Hensel, Christine Koch, Reto Schöpfer, Brigitte Kunz, Eva Bruggmann, Susan Loepfer, Susan Feldmann, Adelheid Henselmann, Rilli Scanzi, Ursula Bonderer, Susanne Hofinger, Katja Stadelmann, Hanspeter Wirth, Renate Menzi, Martina Eberle, Urs Brüngger, Barbara Davi, A. Zingg, Françoise Ahlborn, Urs Fanger, Peter Eberhard, Astrid Lips, Brian Marnam, Erich Brändle, Hans Diethelm, U. Heldstab, Barbara Enderlin, Daniel Schibli, Dominique Lämmli, Rudolf Schilling, M. Jeanmaire, S. Al-lenspach, D. Stürmimann, Karin Gemperle, Theres Wackerlin, Agathe Zohrist, Anita Kuratle, Regula Michel, E. Mosimann, Sara Rohner, Gabi Willi, Christoph Schwager, Beatrice Schwarz, Susi Lutz, Andrea Capaul, Lea Andermatt, Karin Bucher, Reni Hatt, George Wyss, Regula Truniger, Adriana Zueller, Heidi Steinmann, Vera Uetz, Simone Blaser, Thomas Emmenegger, Pio Soppella, Lothar Drick, Brigitte Steinmann, Judith Larcher-Schewiller, Cornelia Hauser, Elke Wellmann, Denise Delmont, Ursula Somaini, Jasmina Granovac, Daniela Hafner, Sara Spalinger, Marcel Baumann, Manu Locher, J. Hamburger, E. Sandmann, Peter Amrein, R. Wegmann, O. Baurer, David Büeler, Moni Lürkens, Gabi Fierz, Estelle Liggenschauer, Ursula Märkli, Karin Schwarzbek, Jennifer Cass, Muriel Spinner, Gabi Lopez, Regula Nef, Beat Fritsch, Florence Hodel, Linda Gosteli, Uschi Lechner, Stephanie Lippert, Michael Dünki, Christian Vetter, Meret Hottinger, Barbara Abbt, Lorenz Schutti, Sandra Widmer, Stéphanie Jeannerat, Franziska Burkhardt, Annette Pfister, Eva Jung, Christian Stucki, Koni Schütz, Andreas Konrad, André Meier, Beat Schöpfer, Franziska Kolb, Karin Kückli, Frank Hyde-Anturi, Helene Oth-enn, Claudia Stranghoner, Daniela Bianchi, Irène Vogel, Stefanie Kienn, Martin Hauser, Christine Volken, Andi Gut, Ralph Bösch, Ida Zängler, Johanna Bertré, Regula Wernli, Thomas Kühne, Beni Suter, Marisa Sbarbati, Daniel Hummel, Anja Pohl, Olivia Wederkehr, Madeleine Perk, Daniel M. Hofmann, Monika Tschack, Leonie Michel, Manuel Rindlisbacher, Marlies Gmür, Andy Zylbach, Stefan Kauffungen, Sasha Huber, Daniel Egli, Susan Däster, Sylvia Hlinya, Dave Küenzi, Christine Feusi, Paul Weber, Roger Le Marie, Gabi Maier, Daniel Urban, K. Ambord, Daniela Hoesli, Susanne Staubi, Dani Pelagatti, Daniel Müller, Paul Stebler, Karin Seiler, Sibylle Heusser, Hanna Hromadka, Hans Eigenheer, Chrigel Farner, Isabelle de Meuron, Brigitt Beck, Linda Goetschi, Markus Moser, Claudia Gantenbein, Anita Dettwiler, Yves Juillerat, Rambert Bellmann, Guido Köhler, Beat Oertli, Jürg Tschalär, Isabel Schumacher, Jeannette Eggert, Julia Huber, Christine Hagmann, Margaretha Brünck, Rahel Greuter, Silvia Berner, Sandra Kuratle, Petra Renggli, A. Wunderli, Gerda Bauer, Ariane Zeller, S. Niklaus, Alex Hanimann, Tina Lindenmann, Gilles Bach, Stefan Feuz, Ueli Hinder, Lotti Echemann, Michael Härdi, Heidi Würgler, Jens Müller, Rolf Velli, Aline Telek, Corinne Hächler, Nadine Spengler, Nina Mambourg, Balz Frei, Christoph Gädlin, Eliane Schneider, Nicole Barbieri, André Seifert, Markus Bucher, Denise Maritzsch, Thomas Knöri, Kerim Seiler, David Brunner, Claudia Hunziker, Alice Iseli, Elisabeth Krusi, Yvi Koch, Christa Büchler, Liliane Ruff, Roland Hersche, Jürg Huber, Andrea Fischer, Ursula Deiss, Thomas Wolfram, Jul Keyser, Jason Baumann, Susanne Marti, Manfred Gasser, Mir-hely Varga, Thildä Nägeli, Sibylle Rau, Dagmar Henrich, Nina Seiler, Christine Schoch, Patricia Banz, Yves Netzhammer, Sabine Schnurrenberger, Maya Hässig, Paul Bieri, Martin Kurzbein, Isabelle Blümlein, Annegret Jucker, Catherine Aguilier, Fabian Gasser, Marianne Hefti, Berndt Höppner, Ruth Schneider, Adrian Elsener, Susann Allgäier, Babs Rüegg, Nadia Loosli, Laurent Zellweger, Martin Fritschtsch, Stephanie Bank, Kerstin Werner, Selina Flachmann, Christian Moser, Stefano Lorenzelli, Salome Bäschlin, Christian Schuber, Cyrell Reile, Françoise Caraco, Tina Grassli, Franziska Wyss, Susanne Bachmann, Peter Erch, Verena Rüegg, Barbara Zwahlen, Christina Moor, Janine Graf, Pascale Haller, Regula Mattmüller, Paola Canzolo, Jessica Pezzotti, Marion Strunk, Luzius Baggenstos, Kathrin Schmidt, Christina Gosteli, Kyrni Mbrti, Andres von Christen, Moira Waldburger, Markus Dobren, G. Schmitt, Janoch Altmann, Daniel Kübler, Martin Soll-berger, Jürg Freiher, Markus Stucki, Urs Hergler, Denise Steiner, Jochen Willems, Jochen Huwiler, Peter Kancsar, Markus Huber, Mart Hürlimann, Antonia Infanger, Regine Limberger, Dominique Gressly, Bea Baldinger, Robert Friedrich, Pascale Wiedemann, Arturo LaVecchia, Regula Esposito, Thomas Wachter, Markus Pawlick, Michael Krohn, Nicole Kind, Daniel Johner, Roy Grosser, Eva Wüst, Ingo Giezendanner, Henad Kovacic, Lorenzo Mutti, Martin Zeiter, Alan Schmutke, Christian Bircher, Eva-Maria Grütter, Barbara Staub, Martina Steuber, Daniela Schadegg, Natacha Schenker, Fabienne Armmann, Marie-Catherine Lienert, Natacha Milojevic, Andrea Heller, Simone Sommer

\* Dieses Inserat entstand auf Initiative von StudentInnen der SGZ und wird durch Spenden der UnterzeichnerInnen finanziert. Es ist keine offizielle Verlautbarung der Schule für Gestaltung.

## Aufruf zur Solidarität im Kreis 5

«Was ist mit unserem Stadtkreis 5 los?» Die Drogenpolitik und die Wohnsituation waren die Themen, über die die Interessengemeinschaft Kreis 5 am Donnerstagabend vor einem interessierten und diskussionsfreudigen Publikum informiert hat. Erfahrungen und Ideen wurden ausgetauscht.

□ PASCAL IHLE

Als spezielle Gäste und insbesondere kompetente Gesprächsteilnehmer waren am Donnerstagabend im Hotel «Limmat» der Stadtpräsident Josef Estermann sowie die drei Stadträte Emilie Lieberherr, Wolfgang Nigg und Robert Neukomm eingeladen gewesen. Wegen «anderer Verpflichtungen» liessen sich die Eingeladenen entschuldigen, was zu Beginn der Veranstaltung im prall gefüllten Saal auf laute Missbilligung stiess.

In seinem engagierten Eingangsreferat schilderte Dani Kneubuehler, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Platzspitz, die Drogensituation seit der Schliessung des Parks am 5. Februar. «Einen drogenpolitischen Rückschritt in

die düsteren achtziger Jahre» oder gar einen «Zürcher Drogenkrieg» hat Kneubuehler seither beobachtet. Neben den bekannten Folgen der Vertreibung der Drogenszene in den Kreis 5 sei vor allem die zunehmende Angst überall im Quartier zu spüren, und zwar seitens der Kinder, Anwohner, der Geschäftsleute wie auch der Drogensüchtigen. Der Referent forderte alle Betroffenen auf, sich gegen die Stadtregierung zu wehren. «Es ist schon viel diskutiert und in den Medien veröffentlicht worden. Doch konkret ist noch nichts zur Verbesserung der Situation geschehen.»

Bei einigen Voten betroffener Quartierbewohner drückte sich deutlich die Angst ob der hoffnungslosen Lage und der Bedro-

hung aus. Es kamen auch konkrete Vorschläge aus dem Publikum zum Ausdruck, um die Situation im Kreis 5 zu verbessern: Organisation von Nachbarschaftshilfen und Interessengemeinschaften, Aufruf nach noch mehr Solidarität. Es wurde ein Hinwegsetzen über die Behörden gefordert zur Schaffung von Fixerräumen und zur freien Drogenabgabe unter ärztlicher Kontrolle. Auch wurde die Ausweitung des Schülerstreiks angesprochen, damit die Stadtregierung endlich konkrete Schritte unternehme, meinte eine Mutter.

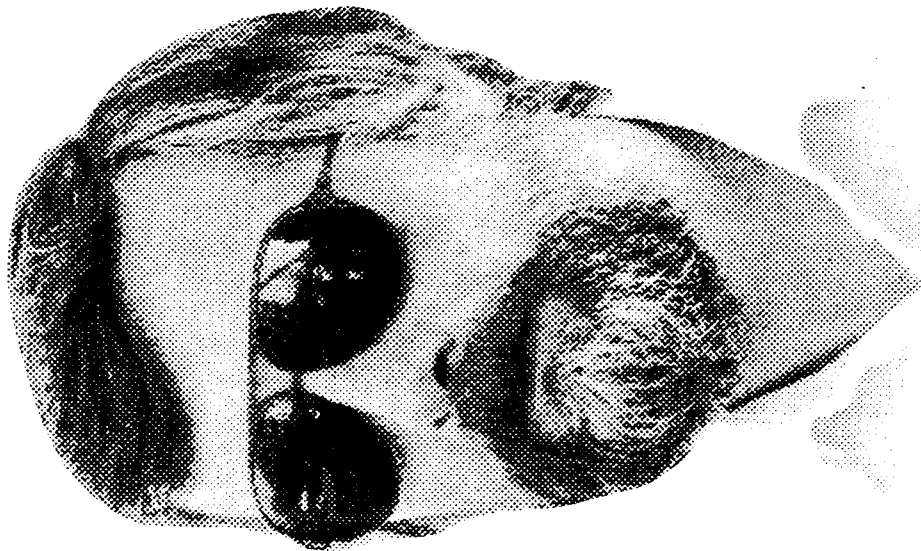
Die Interessengemeinschaft Kreis 5, die sich als parteipolitisch unabhängige Organisation für die Erhaltung und Förderung der Lebensqualität im Quartier einsetzt, protokollierte sämtliche Anregungen und Ideen. Eine Delegation wird in der kommenden Woche ein Gespräch mit Stadträtin Emilie Lieberherr über die Situation im Kreis 5 suchen.

Tagblatt 28.3.92

# repression und humane



Foto: Gertrud Vogler



Nach der Schliessung die tödliche Hektik auf der Gasse und Funkstille bei den Verantwortlichen im Stadthaus. Polizeivorstand Neukomm z.B fährt kurz nach der Schliessung in den Urlaub. Zustand der offiziellen Drogenpolitik stabil:

# lippenbekenntnisse.

Nach der Platzspitzschliessung ist die Zeit der offiziellen Erfolgsmeldungen, über die sich "dank Repression" auflösende Drogenszene. Aber wer hat denn schon den Ueberblick, wenn sich ein Schwarzmarkt reorganisieren muss? Sicher nicht die Zürcher Stadtregierung oder die Polizei. Wenn man/frau die Zürcher Tageszeitungen vom Februar 92 durchblättert, kommt das Gefühl auf, dass die Drogendelegation des Zürcher Stadtrates nach der "Schnellschliessung" des Platzspitzes sich mit einem gemeinsamem Stosseufzer in ihren Bürostühlen zurückgelehnt hat, in der Hoffnung, dass nach dieser Gewalttat sich das "Drogenproblem" von selbst löse. Die versprochenen flankierenden Massnahmen zur Schliessung werden nämlich weder in der Stadt noch in den Zürcher Landgemeinden im nötigen Mass und Tempo weiter ausgebaut. Es bleibt bei Lippenbekenntnissen. Alle schauen auf den Kreis 5 und verfolgen wie gebannt, die in den Zürcher Medien täglich erscheinenden Berichte über verelendende DrogenkonsumentInnen, die Repressionsarbeit der Polizei und die Angst der QuartierbewohnerInnen. Es sind nur wenige auswärtige DrogenkonsumentInnen in ihre Heimatgemeinden zurückgekehrt, meist nur vorübergehend. In den

Landgemeinden gibt es kaum Tagesstrukturen oder Arbeitsmöglichkeiten für die DrogenkonsumentInnen, geschweige denn Heroin. Dezentralisierung bei den heutigen Voraussetzungen ist reine Theorie. Das Heroin ist nach wie vor für die meisten Leute nur in Zürich aufzutreiben, daran ändern auch Notschlafstellen im Grünen nichts. In Zürich gibt der stadärztliche Dienst knapp zwei Wochen nach der Schliessung (17.2.92) "niederschwellig" (keine Laboruntersuchungen und Urintests) Methadon an BesitzerInnen des braunen Passes ab. Wer als StadtzürcherIn das Methadon will, muss sich aber zuerst einer ärztlichen Untersuchung und einer Befragung unterziehen, muss regelmässig Heroin gefixt haben, täglich bei der Abgabestelle an der Rosengartenstrasse in Wipkingen einfahren, an Ort und Stelle die Ersatzdroge schlucken, und ansonsten nicht lange herumlungern, sondern möglichst schnell wieder verschwinden. Diese Abgabestelle ist als Uebergangslösung gedacht, bis andere Methadonprogramme eingeführt werden....

Die Methadonabgabe wird in den ersten Tagen nur sehr mässig genutzt. Was unternimmt die Stadt weiter nach der Schliessung? Als das erhoffte Wunder nicht eintritt, sich die offene

Drogenszene nicht selbst auflöst, wird mehr Polizei auf den Plan gerufen.

Am **18.2.92** wird das Aufgebot im Kreis 5 massiv erhöht. Der Beschluss dazu fällt an der PODZ-Sitzung, die am vorhergehenden Tag einberufen wurde. In dieser Sitzung wird, so PODZ-Sprecher Oehler, festgehalten, dass offene Ansammlungen der Szene auch vor der K&A Taro (Szenenort Nr.1 dieser Zeit) nicht mehr geduldet würden. Weiter sollen auch wegen der Ueberbelastung der K&A's die Tagesstrukturen in der Stadt ausgebaut werden. Konkretes zu den geplanten Einrichtungen wird aber von Oehler nicht bekanntgegeben. Dann ist von PODZ-Seite wieder Funkstille. Die fast täglichen Medienberichte über die unhaltbaren Zustände im Kreis 5, Interpellationen aus dem Gemeinderat (Theres Renner Frap/Katharina Prelicz-Huber GP), eine kritische Breitseite seitens der SP des Kantons Zürich bringt den Zürcher Stadtrat in Verteidigungsposition. Doch die eingeschlagene Politik wird öffentlich ohne Abstriche verteidigt. Der "Böhlmaa" wird den Zürcher Landgemeinden, den angrenzenden Kantonen und an den Bund weitergeschoben.

Die erste, die wieder merkt, dass die "Volksmeinung" zur Drogenpolitik durch die mediengerecht servierte Situation im Kreis 5 ins Wanken kommt, ist die alte verschlagene Taktikerin aus dem Sozialamt, Emilie Lieberherr. Sie macht einen Ausfall und kritisiert Ende Februar öffentlich die Zürcher Drogenpolitik, die sie selber massgeblich mitbestimmt, während der Gesamtstadtrat den eingeschlagenen Weg erbittert verteidigt. In einer Fernsehendung am **27.2.92** gibt Lieberherr bekannt, dass sie in den Stadtrat einen Antrag mit der Forderung nach der Einrichtung von FixerInnenräumen einbringen wird. Die SVP des Kantons Zürich reagiert prompt auf diese Ankündigung und droht mit einer Strafanzeige, wenn die verantwortlichen Stadtbehörden die Schaffung von FixerInnenräumen aktiv vorantreiben sollten. Die BetreiberInnen der K&A Taro sind von der Situation vor und im Tagesraum für Obdachlose einmal mehr überfordert. Das Taro wird am **29.2.92** bis auf weiteres geschlossen. Als Ersatz für die Spritzenabgabe im Taro, wird am Sonntag auf der Zollbrücke ein Auto des Zivilschutzes aufgestellt. Dort werden jetzt saubere Spritzen abgegeben, aber nur in der Zeit von 10 Uhr bis Büroschluss. Zu welchem Zeitpunkt das Taro wiedereröffnet wird, ist nicht bekannt. Jedenfalls werden statt wie von der PODZ angekündigt keine neuen Tagesräume für Obdachlose geöffnet, sondern die bestehenden werden immer wieder geschlossen.

Im März ändert sich nichts an der Realität der Gasse im Kreis 5. Die offene Szene wird jetzt auch wieder in offiziellen Zahlen grösser. Methadon wird ab dem **2.3.92** von Privaten niederschwellig abgegeben. Wie angekündigt stellt die städtische Abgabestelle nun ihren Dienst wieder ein. Bei dem dreiwöchigen Betrieb wurden die BenutzerInnen gleich noch statistisch erfasst. Resultat: Das Methadon wird nur von sozial einigermaßen integrierten DrogenkonsumentInnen bezogen. Von der Gasse sind die Leute nicht mit Methadon wegzuholen. Das Zürcher Opiumlokal (Zokl 1) befindet sich im Kreis 4. Die TrägerInnen des Privaten Projekts haben sich im Verein ARUD (Arbeitsgemeinschaft für risikoarmen Umgang mit Drogen) zusammengeschlossen. Das Zokl ist mit zehn Stellen besetzt und könnte nach Angaben der BetreiberInnen 400 DrogenkonsumentInnen pro Tag mit Methadon beliefern, sie beraten und betreuen. Momentan nützen aber nur ca. 100-120 UserInnen das Angebot. Am **4.3.92** findet im Gemeinderat, aufgrund verschiedener Interpellationen, der erste Teil der Debatte über die Platzspitzschliessung statt. Nichts Neues über der Limmat: Durchhalteparolen für den Stadtrat und die eingeschlagene Politik von den Bürgerlichen und Teilen der SP, Kritik an der Schliessung von Linken und Grünen im Rat. Am Konkretesten wird noch über die FixerInnenräume diskutiert.

## SP-Postulat fordert unverzüglich dezentrale Gassenzimmer

In einem von der SP-Fraktion getragenen Postulat fordert Gemeinderat Ueli Schwarzmann die unverzügliche Einrichtung von dezentralen Gassenzimmern für drogenabhängige Menschen. Die Stadt soll diese entweder neu errichten oder bestehende städtische Einrichtungen zu solchen umfunktionieren oder private Organisationen mit der Führung von Gassenzimmern beauftragen.

Mit der Schliessung des Platzspitzes gehe die Nichtduldung offener Drogenszenen einher; entsprechend seien Orte nötig, in denen Drogenabhängige unter hygienisch einwandfreien Bedingungen und mit entsprechender Begleitung ihre Drogen spritzen könnten, begrün-

det Schwarzmann seinen Vorstoss. Diese Zimmer seien rasch und unbürokratisch einzurichten, fordert der Sozialrat Ueli Schwarzmann, der auf entsprechende Räume in der Stadt Basel verweist. Gassenzimmer seien ein Schutz für die Bevölkerung und könnten zudem einer einwandfreien Aids-Prävention dienen.

### Positive Reaktion Lieberherr

Stadträtin Emilie Lieberherr hat in der Gemeinderatssitzung vom 4. Februar vorgeschlagen, dass auch wo solche Räume für den Aufenthalt von Schwerstsüchtigen in Aussicht gestellt. Lieberherr verwies auf den positiven Bundesgerichtsentscheid zum Gassenzimmer im Luzerner Stadthaus.

TagesAnzeiger 6.3.92

Auch im Gemeinderat zeigt sich, dass dieses Thema wieder im Zentrum der drogenpolitischen Diskussion der nächsten Zeit stehen wird. Vielzitiert wird von den BefürworterInnen der Bundesgerichtsentscheid vom 4. Februar, der die Beschwerden von drei Nachbarn des

in Luzern geplanten FixerInnenraums abgewiesen hat. Dieser Entscheid besagt aber nichts Grundsätzliches über die Rechtmässigkeit von FixerInnenräumen, sondern hält fest, dass diese mit einer Verwaltungsgerichtsbeschwerde nicht zu verbieten sind. Wer in den FixerInnenräumen einen Verstoss gegen das Betäubungsmittelgesetz sieht, muss eine Strafanzeige bei den Strafuntersuchungsbehörden einreichen. Das hat die SVP wie oben erwähnt, schnell registriert.

Tages Anzeiger 7.3. 92: Alles neu macht der März. Leitartikel auf der ersten Züriseite mit dem Titel: "Menschenwürde verlangt Räume für Drogenkonsum". Jetzt weiss es auch der Tagi wieder ganz genau: "(...) Die Polizei kann das Problem nicht lösen, (...) Vorschnelle Schliessung, (...) Orte zum Fixen einrichten..." Die Fahne im Wind ist immer ein Zeichen für den guten Geschäftsgang.

Bei einer Zusammenkunft von VertreterInnen von Kirchgemeinden ("Aktion Agglomeration") und Pfarrer Sieber als Protagonist der "Sozialwerke Pfarrer E. Sieber" (7.3.92), bestätigen freiwillige HelferInnen, dass nach der Schliessung des Platzspitzes die hektische bis aggressive Stimmung in den dezentralen Notschlafstellen den Betrieb z.T. fast verunmöglichte. Es wird von dieser Seite auch bestätigt, dass ein Monat nach der Schliessung ausserhalb Zürichs kaum Tagestrukturen oder Arbeitsvermittlungangebote für DrogenkonsumentInnen bestehen. Beim Aufbau dieser fehlenden, regionalen Bereuungsstrukturen wollen die kirchlichen Kreise in Zukunft verstärkt aktiv werden. Sieber fordert zudem die kontrollierte Heroinabgabe. Der Zürcher Stadtarzt Wettstein nimmt auch an dem Treffen teil. Nach seinen Aussagen ist der kantonale Methadonbus noch nicht unterwegs, weil die Gemeinden auf dieses Angebot des Kantons nicht reagiert hätten. Kurzum, ernstzunehmende "flankierende Massnahmen" zur Platzspitzschliessung in der Region Zürich bleiben ein Papiertiger. In der Sonntagszeitung vom 8.3.92 verspricht Emilie Lieberherr, bis Mitte März vier oder fünf neue Tagesstrukturen für obdachlose DrogenkonsumentInnen zu eröffnen. Das Versprechen wird nicht gehalten werden.

Am 9.3.92 wird vom Bundesrat der Beitritt der Schweiz zu drei internationalen Drogenkonventionen ( Psychotropen-Uebereinkommen 1971, Zusatzprotokoll 1972, Wiener Abkommen 1988) in die Wege geleitet. Nur Albanien hat in Westeuropa neben der Schweiz diese Abkommen nicht unterschrieben. Die Schweiz als drittgrösste Pharmaexporteurin hat bis anhin aus Profitgründen diese Abkommen nicht unterzeichnet. So war es möglich, dass CH-Firmen legal die Grundstoffe für international verbotene Medikamente importieren konnten. Die hergestellten Produkte, verbotene Schlaf- oder Aufputzmittel, eigentliche Betäubungsmittel, wurden von der Schweiz aus in den internationalen Schwarzmarkt eingeschleust, oder durch Etikettenschwindel nach Westafrika verkauft. Das sieht die Konkurrenz nicht gern. Die Vereinten Nationen aber auch die 7 reichsten Industrienationen (G7) haben jetzt in jüngster Zeit Druck auf die Schweiz ausgeübt, die Abkommen zu unterschreiben. Wenn die Schweiz dem Uno-Uebereinkommen von 1988 beitrifft, wird das in erster Linie aber Konsequenzen für die DrogenkonsumentInnen haben. Das Rezept, insbesondere gegen den Drogenkonsum, bleibt die Repression mit polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln. Das Abkommen wird dazu führen, dass die DrogenkonsumentInnen in der Schweiz noch härter angefasst werden. Der Besitz und Konsum von Kleinstmengen von Drogen muss, so das Abkommen, grundsätzlich bestraft werden. Wird dieses Abkommen unterzeichnet, sind Reformen in der schweizerischen Drogenpolitik ausgeschlossen. Entkriminalisierung des Drogenkonsums und Freigabe wären nur noch als theoretische Möglichkeiten einer anderen Drogenpolitik anzusehen. Im Projekt des vereinigten Europa haben Randgruppen definitiv keinen Platz mehr. Der Wirtschaftsraum Europa konstituiert sich erst, dagegen funktioniert der vernetzte gesamteuropäische Repressions- und Polizeiapparat schon längstens. Ausereuropäische MigrantInnen, Obdachlose, DrogenkonsumentInnen, HausbesetzerInnen und alle anderen Menschen, die nicht ins Konzept des neuen Europas passen, sollen zukünftig Europa gar nicht betreten oder staa-

## Stadträtin Emilie Lieberherr: «Ich darf doch mehr Heroin einsetzen als der Polizeivorstand»

Grossmutter Courage sieht sich in ihrer Drogenpolitik immer mehr bestätigt und kritisiert ihre Regierungskollegen

VON ANDREAS DURISCH

ZÜRICH – Die Zürcher Stadträtin Emilie Lieberherr, Überzeugungsreisende in Sachen Drogenpolitik, ist der Zeit häufig voraus. Als erste Politikerin der Schweiz propagierte sie freien Haschischkonsum, Fixerräume und kontrollierte Heroinabgabe. Erst hazelte es Kritik, jetzt Anerkennung.



tenübergreifend kriminalisiert und/oder interniert werden.

**11.3.92:** Zweiter Teil der Gemeinderatsdebatte zur aktuellen Drogenpolitik. Die dezentralen Gassenzimmer sind wieder das Hauptthema. Klare Front dagegen macht die SVP. Sonst sprechen sich die meisten VotantInnen aus den verschiedenen politischen Richtungen für Gassenzimmer aus. Aber - so Neukomm und Nigg - es dürfe keine neue Sogwirkung entstehen...Nigg weiter im Gemeinderat zur momentanen Aidsprävention auf der Gasse: "Absolut genügend, aber vielleicht keine Roll-Royce-Lösung mehr wie auf dem Platzspitz". Und Neukomm meint zum "Erfolg" der Zürcher Drogenpolitik, die Schliessung des "Spritzenparkes" sei weltweit bekanntgeworden, das habe eine nicht zu unterschätzende Wirkung für die Tourismusbranche, seinen Ruf als Polizeipräsident oder auf die DrogenkonsumentInnen aus dem Zürcher Oberland...?

**19.3.92** Die Aktion betroffener Anrainer (ABA) stellt wieder einmal ein Ultimatum an den Stadtrat. Die ABA ist mit extrem rechten Stellungnahmen praktisch zu allen drogenpolitischen Tagesaktualitäten zur Stelle. Diesmal stellen sie die Forderung, der Kreis 5 müsse innert vierzehn Tagen von der Drogenszene befreit werden. Die DrogenkonsumentInnen sollten, so die AbA weiter, "eingesammelt und unter Anordnung des fürsorglichen Freiheitssentzuges dauernd von der Strasse ferngehalten werden". Ansonsten werde gegen den Stadtrat und die Vormundschaftsbehörde beim Bezirksrat Beschwerde eingereicht. An der Drogentagung der FDP vom **20./21.3.92** in Bern spricht sich eine Mehrheit der TeilnehmerInnen für die versuchsweise Abgabe von Heroin und Kokain an Schwerstsüchtige aus. Das Plenum ist aber gegen offene Drogenszenen, befürwortet aber Ausbau von Therapiemöglichkeiten und medizinische Hilfe für KonsumentInnen.

Am **27.3.92** schliesst die Zürcher Stadtmission das Jugendcafé (Juca), weil sich hier in den letzten Wochen eine "verdeckte Szene" installiert hat. Vor der jetzigen Schliessung stand das Lokal generell allen Leuten von der Gasse offen. Doch die Dealer entdeckten diesen Ort und beschlagnahmten in quasi für den Drogenverkauf. Unter diesen Umständen konnte der Betrieb nicht mehr aufrecht erhalten werden. Das Juca gibt es seit 18 Jahren. Trotz dem Versprechen der Behörden, gibt es Ende März keine neuen Tagesstrukturen für Obdachlose, sondern wird wegen der unveränderten Politik, dieser Raum für Gassenleute im Niederdorf geschlossen.

# 64% der Schweizer für Heroin-Abgabe

Am **29.3.92** spricht sich sogar die CVP, die Partei von Bundesrat Cotti, für eine kontrollierte Heroinabgabe aus. Die Lobby für eine kontrollierte Abgabe wird immer grösser. FDP und SP, die Stadtregierungen von Zürich, Bern und Basel und verschiedenste Drogenfachleute plädieren seit einiger Zeit dafür. Cottis letzter Vorschlag im Januar war die ärztlich kontrollierte Abgabe von Morphin an Schwerstsüchtige. Morphin wird auf der Gasse aber gar nicht gedealt bzw. konsumiert. Nur wenige Tage später befürwortet auch der Zürcher Regierungsrat den Einbezug von Heroin in die geplanten Pilotversuche mit kontrollierter Drogenabgabe.

# Blick

**im Schnee**  
Charles und Diana machen wieder Familienferien - in Lech in Österreich.  
Prinz Charles: «Drei Tage gehören nur meiner Frau und den Kindern».  
Seite 3

VON SAMUEL STUTZ

Jetzt kommt Bundesrat Flavio Cotti arg ins Schwitzen! Seine Drogenpolitik gerät immer mehr unter Beschuss: 64% der SchweizerInnen und Schweizer sagen ja zu einer Heroinabgabe an Süchtige. Das ist das Resultat einer repräsentativen Umfrage von Sonntag **BLICK**. Sogar Cotti will einen Heroin-Versuch. Auch FDP und SP fordern Taten vor Bundesrat. Seite 3



29. März 1992

13 AZN Zürich Telefon 01/259 62 62  
Luben 3001 La Frenzsch 17th. Gertrudend 3001b. Kreuzsch 3001a. Spinnen 3001a. Spinnen 3001a. Spinnen 3001a. Spinnen 3001a.

Fr. 2.40

Prinzessin Di:

Nach den verschiedenen Lippenbekenntnissen wieder zurück zur Realität auf der Gasse. Am **ersten April** wird das Taro, der Tagesraum für Obdachlose wieder geöffnet. Es gab aber, nach den Aussagen des PODZ-Sprechers Oehler, innerhalb der Projektgruppe Differenzen über diese Wiedereröffnung. Ebenfalls wieder offen hat die K&A Letten ("Bruggepiiler"), die dichtgemacht wurde, als vergangene Woche der Andrang der DrogenkonsumentInnen zu gross wurde. Am **ersten April 92** gibt es das erwartete eindeutige "Ja" zu den dezentralen FixerInnenräumen (Gassenzimmer) im Gemeinderat.. Die Mehrheit im Gemeinderat ist geradezu euphorisch, endlich einmal etwas "Positives" für die verelendeten Junkies machen zu können. Ein Teil der PolitikerInnen und auch der Bevölkerung verspricht sich ohne Hintergedanken, dass sich durch die Schaffung von FixerInnenräumen die Situation auf der Gasse entschärft. Der grosse Konsens im Gemeinderat stimmt aber auch misstrauisch. FixerInnenräume gehörten nie in das Konzept der PODZ. Dem Stadtrat kommt es aber momentan sehr gelegen, dass nicht mehr die anhaltende Repressionspolitik, sondern die Gassenzimmer im Mittelpunkt der drogenpolitischen Diskussion in Zürich stehen. Denn es ist nocheinmal festzuhalten, dass nach der Platzspitzschliessung und der Verlagerung der Drogenszene in den Kreis 5, die Stadt ausser der immer wieder erhöhten Polizeipräsenz, keine andersweitigen, konkreten Schritte unternahm, die unhaltbare Situation für DrogenkonsumentInnen und das Quartier zu entschärfen. Die Eröffnung der Gassenzimmer und hier sei der Geschichte kurz vorgegriffen, wird den Stress der DrogenkonsumentInnen nicht verkleinern. In den ersten Tagen und Wochen der städtischen und privaten FixerInnenräume, werden diese kaum benützt. Nur wenig später werden die nun bestehenden Gassenzimmer von Polizeivorstand Neukomm als Argument für die nochmals gesteigerte Polizeirepression auf der Gasse missbraucht. Mit täglichen Grossrazzias sollen ab dem 26. Mai 92 die DrogenkonsumentInnen in die Gassenzimmer getrieben werden. Die Polizei wird nun offiziell von oben strikt angewiesen, das Fixen auf der Gasse zu verunmöglichen. Sämtliche FixerInnenutensilien inklusive Stoff für den Eigengebrauch werden beschlagnahmt. Ein Löffel und drei saubere Spritzen soll den UserInnen noch gelassen werden. Meistens bekommen sie nicht mal das zurück. Da ist wirklich blöde, wer versucht, mit dem im Kreis 5 gekauften "Piece" ein dezentrales Gassenzimmer zu erreichen, um sich einen "Knall" zu ma-

chen. Das Risiko auf dem Weg dorthin erwisch und gefilzt zu werden, ist viel zu gross. Dem ZIPP-Aids Team wird zur gleichen Zeit verboten, mobil saubere Spritzen zu verteilen... Ruhe und Ordnung will die Stadtregierung. Die Einführung der Gassenzimmer hat die Realität für die Menschen auf der Gasse nur härter gemacht.



# interview mit Lotte, mitarbeiterin der gassenküche. die interkulturelle sitzung

mai 92

**In der "Interkulturellen Sitzung" finden sich im Winter 91/ 92 verschiedenste Leute zusammen, die gemeinsam gegen die offizielle Drogenpolitik kämpfen. Wie entstand diese "Sitzung", wer nahm daran teil?**

Die "interkulturellen Treffen" wurden im Oktober 91 neu aktiviert. Das war kurz nachdem die Marschrichtung der offiziellen Zürcher Drogenpolitik feststand: Schliessung des Platzspitzes und Ausschaffung von nichtzürcherischen Junkies in ihre Wohnortsgemeinde. Diese Ankündigung verunsicherte auch die Leute in den verschiedenen alternativen Kulturbetrieben. Die Gassenküche wurde verschiedene Male angefragt, was denn jetzt zu erwarten sei. Manche befürchteten wirklich, dass jetzt "Massen" von Junkies die Kulturzentren in und um Zürich überrennen und den Betrieb verunmöglichen würden. Es waren anfänglich vor allem die Leute der Wohlgroth, der Kulti Wetzikon und der Gassenküche die fanden, die möglichen Konsequenzen der Vertreibungs politik gegenüber DrogenkonsumentInnen auf alternative und selbstverwaltete Projekte müssten gemeinsam bequatscht werden. Oder sollten wie sonstwo einfach die WC's geschlossen werden? Es wurde zur ersten Sitzung eingeladen: Das Kanzlei -gab es noch-, die Interessengemeinschaft Rote Fabrik, der Ziegel au lac, Kulti Wetzikon, AKW Wohlgroth, Café Zähringer und Gassenküche. Es waren auch Leute der ZAGJP Gassenarbeit und interessierte Einzelpersonen dabei. Beim ersten Treffen kamen eigentlich noch viele Leute, die interessiert waren an einer gemeinsamen Diskussion. Es wurde aber auch oft die Angst formuliert, dass bei der eingeschlagenen offiziellen Politik, die verschiedenen Projekte wohl bald die Tore schliessen müssten.

**Was ist aus dieser Sitzung und auch aus diese Stimmung heraus entstanden?**

Gerade an dieser formulierten diffusen Angst vor den Junkies, auch in alternativen oder linken Kreisen, merkten wir, dass klare unabhängige Informationen über die Gasse wichtig waren. Dem offiziellen Horrorbild, der "Massen" von verelendeten Junkies, der ganzen Panikmache des Stadtrates, unterstützt von den bürgerlichen Medien, wollten wir etwas entgegensetzen.

So beschlossen wir an dieser ersten Sitzung an der Antirassismusedemonstration im Dezember teilzunehmen. Unter dem Wort "Ausgrenzung" wollten wir dort unsere Informatio-

nen über die Situation der Gasse weitergeben. Als die geplante Einführung der braunen Ausweise bekannt wurde, war die "rassistische Dimension" der Politik gegen die Junkies noch viel offensichtlicher. Wir trafen uns nun alle vierzehn Tage und arbeiteten hauptsächlich an dem Flugblatt für die Demo. Wir versuchten, die Ausgrenzungsmechanismen, vor denen auch wir nicht gefeit waren, möglichst genau zu Papier zu bringen. In dieser Zeit nahmen vereinzelt auch die Angestellten der städtischen Notschlafstellen an unseren Sitzungen teil. Sie wollten ja die Kontrolle der braunen Ausweise verweigern. Die "interkulturelle Sitzung" nahm dann an der Demo gegen Rassismus teil und verteilte Flugblätter. (...)

**Du hast vorher davon gesprochen, dass auch städtische SozialarbeiterInnen an euren Sitzungen teilnahmen. Ergaben sich mit ihnen neue Diskussionen?**

Die SozialarbeiterInnen, die an unsere Sitzungen kamen, beteiligten sich auch an der Demo. Sie waren aber auch auf der Suche nach Unterstützung für ihren Boykott der braunen Ausweise. Es liefen also zusätzlich zu den Demovorbereitungssitzungen von uns noch weitere Sitzungen, an denen öffentliche Aktionen z.B. zum Boykott diskutiert wurden.

**Kam es dann konkret noch zu Aktionen?**

Nein. Ab Dezember hatte sich die ganze Situation für uns dermassen verschärft, dass agieren praktisch unmöglich wurde. In der Drogenpolitik wurden die Massnahmen bis zur Platzspitzschliessung mit Datum angekündigt und dann auch tatsächlich durchgeführt. Alles in einem horrenden Tempo. Die Ereignisse überstürzten sich nicht nur in der Drogenpolitik: Braune Ausweise, Bekanntgabe des Boykotts der städtischen "Sozis", die negative Kanzleiabstimmung, die Ereignisse an der Saumstrasse, Kündigung der renitenten "Sozis" und Nachtschliessung....Alles passierte Schlag auf Schlag. Wir konnten kaum unsere interkulturelle Sitzung oder den Informationsfluss unter den verschiedenen Leuten aufrecht erhalten, geschweige denn Aktionen oder Veranstaltungen auf die Beine stellen, um eine Gegenöffentlichkeit zu mobilisieren. Wir konnten nur noch reagieren.

**Die Stadtregierung setzte Druck auf, wie war für euch die Stimmung in dieser Zeit?**

Alle dachten: Jetzt wird es eng. Der Platzspitz

wird geschlossen, das Kanzlei geht zu...Die Frage, die allen in den Köpfen herumschwirrte war, wer werden die Nächsten sein? Die Wohlgroth, oder sollen die besetzten Häuser geräumt werden? Niemand konnte mehr wirklich die Dimension abschätzen. Jetzt war nicht mehr nur der Widerstand gegen die offizielle Drogenpolitik Thema in unseren Sitzungen, sondern allgemeiner, der Widerstand gegen eine sich abzeichnende, viel breitere Räumungsaktion der Zürcher Obrigkeit. Das Problem war aber, wie bringen wir alles unter einen Hut? Alles lief parallel, alles hatte mit Ausgrenzung zu tun, damit dass unsere Räume geschlossen, polizeilich okkupiert oder vermehrt kontrolliert werden sollten. Aber die Leute vom Kanzlei hatten nach der verlorenen Abstimmung konkret andere Prioritäten, als z.B. die Gassenküche oder die GassenarbeiterInnen. Trotzdem wurde gemeinsam weiterdiskutiert, sahen sich alle von den Auswirkungen der gleichen, jetzt manifesten Ausgrenzungspolitik der sozialdemokratisch dominierten Stadtregierung bedroht. Nur eine gemeinsame Aktionsebene war jetzt schwierig geworden. Die Sitzung begann sich auseinander zu dividieren.

**Aber die "interkulturelle Sitzung" bestand weiter?**

Nach der Antirassismusedemo war angesichts der vorher genannten Umstände vorerst einmal Sense mit der Sitzung. Es war aber für einige Leute klar, dass eine Fortsetzung notwendig war, dass diese interkulturelle Sitzung politische Wichtigkeit hatte, gerade weil Leute aus verschiedensten Bereichen darin teilnahmen. In der Vereinzelung sind wir isolierbar und angreifbar. Wer sich öffentlich in dieser Zeit gegen die Politik des Stadtrates stellte, bekam das zu spüren. So kam um die Nachtschliessung des Platzspitzes (13.1.92) herum nochmals eine Sitzung zustande. Dazu waren nebst den ursprünglichen TeilnehmerInnen neu auch die MitarbeiterInnen der verschiedenen zürcherischen Jugend - und Gemeinschaftszentren (GZ) eingeladen worden. An diese Sitzung kamen dann auch viele der GZ- MitarbeiterInnen, z.T. sogar die LeiterInnen. Es war in erster Linie eine Informationsveranstaltung. Die Interkultis berichteten den "GZlerInnen" aus der Peripherie über die Zustände "downtown". Die GZ's wurden aufgefordert, ebenfalls Stellung zu nehmen gegen die städtische Drogen- und Ausgrenzungspolitik, um das interkulturelle Bündnis zu verbreitern und zu verstärken. In der folgenden Diskussion kam die

Idee auf, mit einem gemeinsam unterschriebenen Inserat an die Öffentlichkeit zu gelangen.

### **Unterschrieben die GZ-MitarbeiterInnen dieses Inserat?**

Den meisten MitarbeiterInnen der Gemeinschaftszentren und Jugendtreffs war es am Ende zu riskant zu unterschreiben. Innerhalb der Hierarchien, in denen sie bei der Arbeit eingebunden waren, hatten sie grundsätzlich nicht das Recht selbstständig das geplante Inserat als MitarbeiterInnen einer städtischen Institution zu unterschreiben. Das wurde ihnen auch von oben klar durchgegeben. Trotzdem, die Teams zweier Gemeinschaftszentren und zweier Jugendtreffs unterschrieben das Inserat auch mit dem Namen ihrer Institution (GZ Heuried, Wollishofen, Jugendtreff Kreis 4 und 5). Sie waren aber die Ausnahme. Der Rest der GZ-MitarbeiterInnen kam gar nicht mehr

an die folgenden Sitzungen. Sie befürchteten, nicht zu Unrecht, dass öffentliches Engagement gegen die laufende Drogenpolitik für sie unliebsame Konsequenzen haben könnte. Die Entlassungen der SozialarbeiterInnen der städtischen Notschlafstellen, welche den Boykott bis zum Schluss durchgezogen hatten, war allen noch in jüngster Erinnerung.

### **Was war nach diesem Inserat der nächste Schwerpunkt, auf den sich die "interkultis" konzentrierten?**

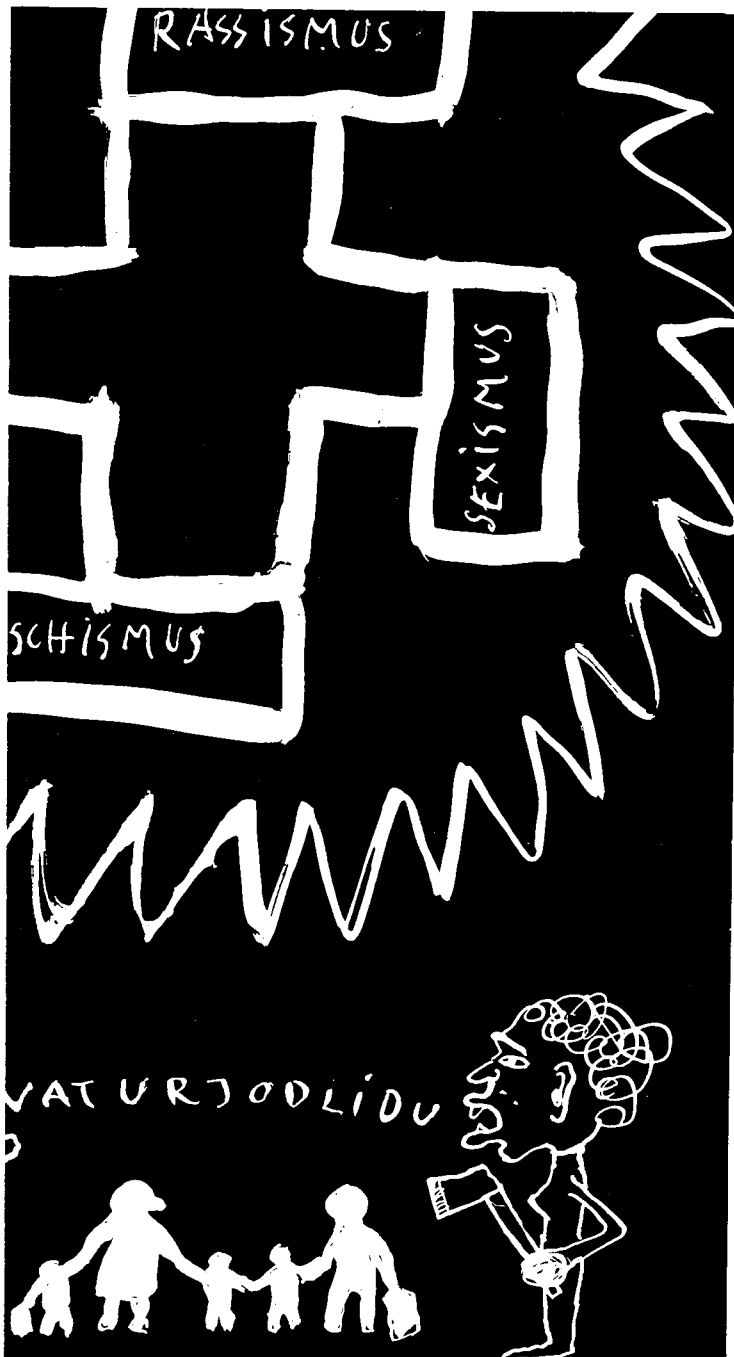
Wir planten nochmals eine Flugblattaktion mit dem Thema Ausgrenzung. Die fand dann auch im Shopville statt, kurze Zeit nach der definitiven Platzspitzschliessung. Wir begannen um 17 Uhr, in der abendlichen "rush-hour" die Flugblätter zu verteilen. Die Kantonspolizei, die ja im Shop-ville patrouillierte, war sofort zur Stelle und wollte die Aktion verhindern. Doch wegen der vielen Leute konnten sie konkret nichts unternehmen. Wir verteilten die Flugblätter und boten auch warmen Tee an. Beides verboten, wie alles im Shop-Ville. Weil wir aber immer unseren Standort wechselten, konnten wir über eine Stunde lang die Flugblätter und den Tee verteilen.

### **Wie war die Reaktion auf das Flugblatt?**

Das war natürlich schwierig abzuschätzen, weil im Shop-Ville alle nur durchrennen, um möglichst schnell ihren Zug zu erreichen. Aber viele Leute haben das Flugblatt genommen. Wir wurden kaum von den Leuten angemacht. Am Ende der Aktion hatten wir riesig viel unserer informativen Faltprospekte unter die Leute gebracht.(...)

### **Der Platzspitz war aber zu diesem Zeitpunkt schon geschlossen. Die offizielle Drogenpolitik walzte gnadenlos über jeglichen Widerstand hinweg, wurde die interkulturelle Sitzung trotzdem aufrecht erhalten?**

Nach der letzten Aktion war die Luft natürlich wieder ein bisschen draussen. Aber die Sitzungen wurden immer noch alle zwei Wochen einberufen. Doch es nahmen immer weniger Leute daran teil. Diese Tatsache wurde dann auch besprochen. Wir mussten uns die Frage stellen, was wir denn eigentlich in Zukunft wollten. Sollten die Sitzungen nur noch zum Informationsaustausch dienen? Die Gassen nahen berichten vom Desaster nach der Schliessung, die alternativen KulturbetreiberIn-



nen über das Kulturpolitische nach dem "Aus" für das Kanzlei und über finanzielle Kürzungen zum Beispiel bei der Roten Fabrik? Waren wir nur noch ein internes informelles Grüppchen? Die Verbreiterung der Sitzung durch die GZs war ja gescheitert.

Die GZ-Leute, die jetzt noch an den Sitzungen als Privatpersonen teilnahmen brachten dann den Vorschlag, das Projekt AKW Wohlrot doch in den Gz's vorzustellen, um die nebulösen Vorstellung über die autonome Kulturfabrik bei den BenutzerInnen der Gemeinschaftszentren zu konkretisieren. Im Café des Heurieds konnten später Interessierte an einer Fotoausstellung mehr über die Wohlroth erfahren.

### **Was ist denn heute (Mai 92) von der interkulturellen Gruppe übriggeblieben?**

Nach der Schliessung des Platzspitzes und unserer letzten Aktion riefen wir vermehrt dazu auf, auf der Gasse im Kreis 5 präsent zu sein.

Durch die Anwesenheit auf der Gasse von Leuten, die nicht zur "Drogenszene" zu rechnen sind, kann ein Teil der Repression der Polizei gegen die DrogenkonsumentInnen zumindest abgefedert werden. Die Polizei getraut sich weniger, wenn ZuschauerInnen anwesend sind. Auch die Leute der interkulturellen Sitzung beteiligten sich an der Präsenz auf der Gasse, machten mal noch schnell zu zweit oder zu dritt den Bogen durch den Kreis 5, stiegen beim Limmatplatz aus dem Tram und gingen zu Fuss bis zum Bahnhof. Das funktionierte wirklich gut. Wir trafen uns gegenseitig oft auch auf der Gasse. Diese einfachste Form von Widerstand gegen die Vertreibungspolitik der städtischen Behörden wird auch von den DrogenkonsumentInnen anerkannt und begrüsst. Da haben wir verschiedene positive "feed-backs" von der Gasse bekommen. Diese Art der Präsenz auf der Gasse haben wir bis heute weitergeführt. Wir verlegten auch die interkulturellen Sitzungen aus diesem Grunde im Mai in ein Lokal im Kreis 5.

# gegen räumung



Die städtische Räumungspolitik hat am 5. Februar eine zweite Tatsache geschaffen. Nach dem Kanzleizentrum ist jetzt auch der Platzspitz geschlossen. Diese Räume sind gegen den Willen der Stadtregierung und die aufgefahrene Polizeigewalt nicht zu halten gewesen, darüber hat sich wohl auch niemand Illusionen gemacht. Doch der öffentliche Protest gegen die städtische Ausgrenzungspolitik, der vor allem seit dem Dezember mit Pressearbeit, Flugblättern, Aktionen, Freiluftdiscos und Demonstrationen verstärkt aktiv war, wird weitergeführt. Und das obwohl spätestens seit

# auf die gasse

der "Kesseldemo" vom 1.2. klar war, welche Antwort die Regierung dafür bereithielt.

Nur ein Tag nach der Platzspitzschliessung, am 6.2. findet die zweite "winterproof underwear party" auf dem Helvetiaplatz statt. 300 Leute versuchen, die zeitgemässe Kälte in der Stadt tanzend zu vergessen. Die Polizei hält sich zurück, nur Kistler, der Pressesprecher der Zürcher Stadtpolizei, taucht vor Ort auf und versucht die Disco mit der ihm eigenen Eloquenz zu beenden. Leider will ihm niemand so recht glauben, dass er zur Polizei gehört. Der Kampf um die Turnhalle geht weiter. Die bekannte, aufmüpfige Band "Mano Negra" spielt am 9.2.92 im Volkshaus. Ein Teil der Leute, die aus dem Konzert kommen, ertragen den Anblick der verrammelten Turnhalle nicht und entschliessen sich spontan die Turnhalle wiederzueröffnen. Um die 300 Leute sind an der Aktion beteiligt. Die verammelten Türen und Fenster werden zum Teil geöffnet, die Verbarrikadierungen in einem grossen Feuer auf der Kreuzung Ankerstrasse/Stauffacherstrasse verbrannt. Zuerst rückt die Feuerwehr an, wenig später das erste Kontingent der Polizeigrenadiere, die sofort mit Tränengas und

Gummischrot gegen die Leute vorgehen. Diese lassen sich aber nicht so einfach vertreiben und bieten teilweise steinern Paroli. Doch nachdem die Polizei Verstärkung erhalten hat, werden die Leute durch die Gassen des Kreis 4 gehetzt. Drei Leute werden verhaftet. Die politische Partytime zur Erschliessung neuer Kulturräume wird am 15./16.2.92 weitergeführt. Das seit Jahren leerstehende, ehemalige Kino Razzia wird für eine Nacht besetzt. Drei Bands musizieren und das Fest endet irgendwann in den frühen Morgenstunden. Die Tanzwut im Vorfrühling kennt keine Grenzen. Am Donnerstag war Discozeit in der Turnhalle, am Donnerstag finden jetzt Outdoortanzveranstaltungen auf öffentlichem Grund statt. Für den 20.2.92 wurde der Bürkliplatz als neuer Tanzboden auserkoren. Bevor der Beat die anwesenden 200 Leute richtig in Bewegung bringen kann, fahren einige Kastenwagen vollbepackt mit den blauen Kulturverhinderern ohne Musikgehör auf. Die Polizei löst zum ersten Mal eine Freiluftdisco durch den Einsatz von Tränengas auf. Der Standort war wohl zu nahe an



PTP  
 POLYTOX  
 Lieber D  
 Am 25.  
 Partei in  
 gemeins  
 mit auch  
 Mitnanc  
 Mitglied  
 Intzress  
 ist frei?  
 wir danke  
 Ich möc  
 werden  
 Name:  
 Jahrgang

Pressecommuniqué der KanzleibenzützerInnen-Vollversammlung

Winterproof Underwear Party II

Am Donnerstag fand auf dem Helvetiaplatz die zweite "Winterproof Underwear Party" statt. In Stil und Tradition der früheren Donnerstags-Disco tanzten rund 300 Menschen gegen die politische Kälte in unserer Stadt an. Da die Polizei nicht eingriff, konnte die Party sehr fröhlich und friedlich verlaufen. Nachdem dieser Anlass bei der ersten Durchführung am 23.1.1992 von der Presse totgeschwiegen wurde, hoffen wir für diesmal auf eine etwas weniger repressiven Praxis.

Beteiligung zu den Ereignissen von Freitag und Samstag etc.

In die Presseberichterstattung vom letzten Wochenende beinahe ausschließlich auf Polizeicommuniqués basierte, möchten wir im folgenden die Ereignisse aus unserer Sicht darstellen:

Am Freitag wurde die Kanzleiturhalle geöffnet, die Bar in Betrieb genommen und eine Musikanlage installiert, um die leerstehende Halle für Alle mit einer Disco vorübergehend wiederzubeleben. Die von dieser Aktion überraschte Polizei reagierte unverhältnismässig aggressiv: Polizeigrenadiere setzten ohne Vorwarnung und auf kurze Distanz Tränengas und Gummigeschosse ein. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich mindestens 120 Personen auf dem Kanzleiareal. Auch unbeteiligte PassantInnen wurden von Polizisten tätlich angegriffen.

Am Samstag wollten sich auf der Pestalozziewiese über 400 Personen zu einer Demonstration gegen die Ausgrenzungs- und Vertreibungspolitik dieser Stadt versammeln. Ohne Vorwarnung kesselten Polizeigrenadiere einen Teil der Anwesenden, darunter auch Unbeteiligte, ein. Als kurz darauf einzelne der Eingeschlossenen von Polizisten tätlich angegriffen wurden, versuchten die Umstehenden, den Polizeikordon zu sprengen, worauf die Beamten wahllos Tränengas und Gummigeschosse in die Menge zu schiessen begannen. Verschiedene DemonstrantInnen wurden durch Gummiknüppelschläge und Stiefeltritte verletzt; neben dem bereits in der Presse gemeldeten Fall sind uns drei weitere Personen bekannt, die sich in ärztliche Behandlung begeben mussten. Die anschließenden Scharmützel in der Innenstadt sind einzig und allein dem völlig unverhältnismässigen Polizeieinsatz zuzuschreiben.

ES GEHT UNS NICHT NUR UM DAS KANZLEIZENTRUM, SONDERN UM FREIRÄUME IN DIESER ERSTICKENDEN STADT. RÄUME STATT RÄUMUNG!

WEITERE AKTIONEN WERDEN FOLGEN.



Communique 20.2.1992

Tanz gegen die Kälte in der Stadt: 3. winterproof underwear Party

IN KEINE BESA  
G MÖGLICH IST  
BEI AUFLÖ

TREFF  
SCHENPLA

LIPL

ntzt gegen die p  
in der S

Zürich, 20.2.1992 Heute nacht fand die dritte winterproof underwear party statt. An die 200 Leute fanden sich zum dritten Mal ein, um bei winterlichen Temperaturen weit unter dem Gefrierpunkt gegen die noch bitterere politischen Kälte in dieser Stadt anzutreten. Die Party nahm ihren mittlerweile gewohnten Verlauf: die TänzerInnen liessen sich auch nicht durch einen Streifenwagen provozieren, der auf dem Platz herumkurvte. Doch gegen 23 Uhr 15 tauchten dann plötzlich vier six-packs auf der Bahnhofstrasse auf. Diesen entstiegen offenbar eilig zusammengezogene Bullen in normaler Uniform, doch bewaffnet und ausgerüstet für den unfriedlichen Ordnungsdienst. Der Einsatzleiter gab bekannt, dass der Platz nach zwei Minuten geräumt werde. Obwohl darauf die Musik eingestellt, die Anlage verräumt und die Bar abgebrochen wurde, schoss die Polizei ohne weitere Vorwarnung nach unglaublich kurzen zwei Minuten mit Gummigeschossen und Tränengas in die Menge, die bereits daran war den Platz zu verlassen. Bei diesem brutalen Einsatz wurden drei Personen, soweit uns um 1 Uhr bekannt, verletzt. Anschliessend kam es zu kurzen Scharmützeln zwischen Bullen und TänzerInnen.

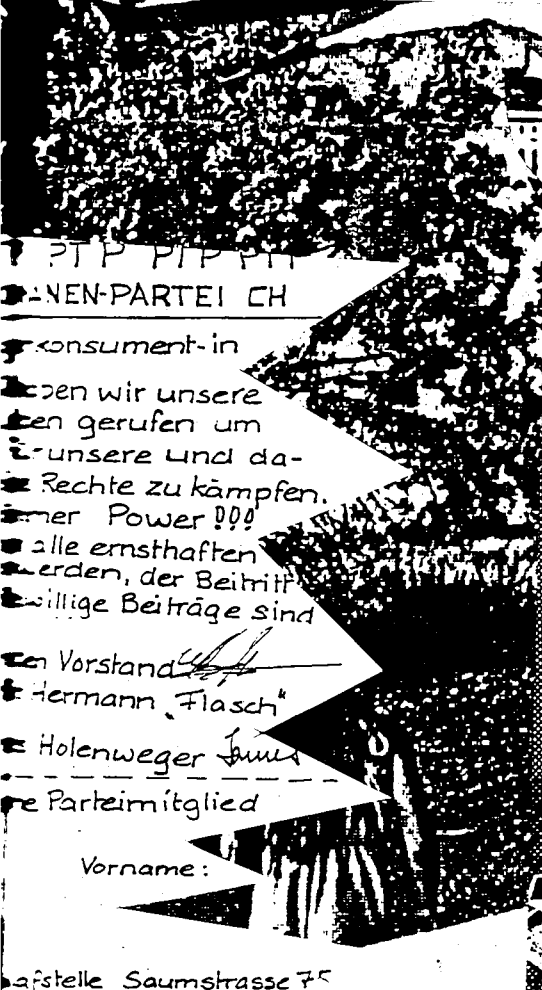
Der Beweis:

Zwei winterproof underwear parties und ein erstes Zeppelin Konzert verliefen friedlich, weil keine hirnlosen Befehlspfeifer die Konfrontation suchten. Diese nicht, ebenso zwei Aktionen in der Kanzleiturhalle nicht, denn die Bullen griffen mit den ihnen entsprechenden Holzhackermethoden ein.

Diese dritte winterproof underwear party war nicht die letzte, es werden weitere folgen und unsere Phantasie wird durch solch Zwischenfälle nur angeregt. Von der Strasse lassen wir uns nicht vertreiben.

Weitere Aktionen werden folgen!

RÄUME STATT RÄUMUNG



PTP PTP PH  
NEN-PARTEI CH  
konsument-in  
ben wir unsere  
ben gerufen um  
-unsere und da-  
Rechte zu kämpfen.  
mer Power !!!  
alle ernsthaften  
werden, der Beitritt  
willige Beiträge sind  
Vorstand  
Hermann "Flasch"  
Holenweger  
re Parteimitglied

Vorname:

Poststelle Saumstrasse 75

Helvetiaplatz

**PART**

Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Menschen und Bürger fragen - Politiker antworten

**Einladung zum  
Gratis Puure-Zmorge**

Gemeinderat Dr. Hans Wehrli, FD,  
Stadtratskandidat  
Kantonsrat Laurenz Styger, SVP  
Kantonsrat Eugen Kägi, SVP  
Gemeinderat Werner Stoller, SVP

Gesprächszeitung:  
Gemeinderat Emil Grabherr, SVP

**Restaurant Spigarten**  
Lindenplatz 5, Zürich-Altstetten  
(Tram Nr. 2, Bus Nr. 80 bis Lindenplatz)

**Samstag, 8. Februar 1992  
9 bis ca. 11 Uhr**

kt: Bhf. Alt-  
stetten  
8 30 h  
(Panktisch)  
ch

der Bahnhofstrasse... Am Mittwoch der nächsten Woche (26.2.92), versammeln sich um die 200 Menschen vor dem Rathaus in dem der Gemeinderat tagt, um gegen die Drogenpolitik zu protestieren. Zu dieser Aktion haben verschiedene Aids-Hilfe-Institutionen, die ARGE, aber auch das SAH und andere aufgerufen. Um den Forderungen nach einer Umkehr in der städtischen Drogenpolitik symbolisch Nachdruck zu verleihen, ist ein Menschenteppich vor dem Eingang des Ratsgebäudes geplant. Doch soweit kommt es nicht. Die Grenadiere der Stadtpolizei sind mit einem starken Aufgebot vor dem Rathaus präsent und haben zusätzlich den Gehsteig mit Gittern abgesperrt. Als das Limmatquai kurz vor 17 Uhr blockiert wird, werden die Leute vom Einsatzleiter aufgefordert, die Strasse zu verlassen. Die Kundgebung verlagert sich danach auf die Gemüsebrücke. Nur einen Tag später, am 27.2.92, macht die "Interkulturelle Sitzung" eine Flugblattaktion im Shop-Ville. Mit dem verteilten Flugblatt wird über die Konsequenzen der Repressionspolitik gegen Gassenleute informiert und allgemein die städtische "Schliessungsmanie" kritisiert. Unter den Augen der misstrauischen Polizeibeamten, die im Bahnhofuntergrund patrouillieren, wird den PassantInnen zusätzlich warmer Tee angeboten. Fast zur gleichen Zeit wird auf der Pestalozziwiese, wo vor knapp einem Monat die damalige Kundgebung eingekesselt und niedergeknüppelt wurde, Kultur geboten. Zur politischen Situation spielt das "Theater für den Mittelstand" wort- und gestenreich auf. 29.2.92 1992 ist ein Schaltjahr, dieser Umstand wird gleich genutzt, um am gewonnenen Tag eine grosse "Umschaltdemo" zu veranstalten. Auch diese Demo richtete sich unter dem Motto "Räume statt Räumungen" gegen die Vertreibungs politik in der Stadt Zürich. Im Vorfeld dieser Demonstration heizt Polizeivorstand Neukomm die Stimmung an, indem er die Bewilligung bis kurz vor dem eingegebenen Datum zurückhält. Erst nach "reiflichem Abwägen zwischen Freiheitsrechten und öffentlicher Sicherheit" wird die Bewilligung kurzfristig doch noch erteilt. Trotz dieser vorangegangenen Stimmungsmache und dem massiv aufmarschierten Polizeiaufgebot, beteiligen sich über 2000 Menschen an der Demonstration. Die Polizei deckt entlang der Demoroute, das Rathaus und den MacDonaldis sowie das Sexkino an der Langstrasse ab... Die Demo verläuft friedlich und löst sich am Helvetiaplatz auf. Es formiert sich eine kleine Nachdemo, für die sich aber wegen dem immer noch anwesenden Polizeiaufgebot, keine Entfaltungs-



#### DIE BEHOERDLICHE VERTREIBUNGSPOLITIK TRITT MENSCHEN MIT FUESSEN

Die Hauptgewinner der gegenwärtigen städtischen und gemeinderätlichen Ausgrenzungspolitik sind die Drogenmafia und das Aids-Virus. Die Mafia kann weiterhin jährlich einen Reingewinn von 2.5 Milliarden Schweizer Franken erwirtschaften. Unversteuert. Und die Aidsviren dürfen jetzt wieder vermehrt ungehemmt Tod und Elend weiterverbreiten. Das Karrussell von Hatz, Hetze, Gewalt, Beschaffungsdruck, Prostitution, Verhaftung, Verurteilungen, Knast, Massnahme, Erkrankung und Verelendung dreht sich immer schneller. Angetrieben von der Prohibition, unterstützt von der stadtträtlichen Räumung und Vertreibung werden so drogenkonsumierende Menschen mit Füessen getreten. Eine unendliche Leidensgeschichte.

Mir fordern Stadt- und Gemeinderat auf, der menschenunwürdigen Vertreibungs politik ein Ende zu setzen.

Stattdessen fordern wir die Realisierung folgender Massnahmen zur Schadensbegrenzung:

- die vom Stadtrat selber formulierte sofortige Bereitstellung von verdeckten Orten und Räumen für drogenkonsumierende Menschen.
- die Bereitstellung von niederschweligen Opiatabgabestellen.
- das Erstellen eines kurz-, mittel- und langfristigen Drogenkonzeptes, welches sinnvolle Wege zur Schadensbegrenzung innerhalb des bestehenden Betäubungsmittelgesetzes aufzeigt.
- nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern ein aktiver Einsatz, um eine Drogenlegalisierung im Sinne eines staatlichen Drogenmonopols (Produktion und Vertrieb werden staatlich kontrolliert und reguliert) zu erreichen.

Der Menschenteppich ist eine gewaltfreie "Betroffenen-Aktion" der Vereine  
PMA-SCHWEIZ / ACT-HIV/ VGGG/ ARGE/ ZAP/ SAH



Donnerstag  
Pestalozziwiese  
19.00

Zürich im Winter 1992; Gitter, Absperrungen, Belagerungszustand. Da wollen auch wir nicht abseits stehen und passen uns dem Zeitgeist an.

Wir unterstützen den Stadtrat in seinen Bemühungen alles Gruusige und Unangenehme auszusperrern und Zürich wieder zur schönsten Stadt Europas zu machen.

Mit unserer Aktion geben wir den anständigen Bürgern dieser Stadt einen Raum zurück, in dem das gutbürgerliche Leben funktionieren kann, wie es funktionieren soll. Einen Raum, in dem Zucht und Ordnung herrscht.

Wir hoffen mit dieser Aktion ein Zeichen zu setzen und insbesondere der stadtzürcher Jugend Mut zu machen, den rechten Weg zu beschreiten, auf dass sie zu verantwortungsvollen Bürgern heranwachsen. Viel zu viele junge Menschen sind bereits auf das falsche Spiel der Chaoten und Hausbesetzer hereingefallen, die gerade in letzter Zeit wieder mit Gewalt und Terror auf den Strassen unserer schönen Stadt agieren.

Dieser beängstigenden Entwicklung muss etwas entgegengesetzt werden. Wir hoffen, mit unserer heutigen Aktion etwas dazu beitragen zu können.

Das Theater für den Mittelstand



Regie: der Bürgerblock

Inszenierung: der Gesamtschulerrat

## Protest gegen die Stadtzürcher Drogenpolitik

rz. Rund 150 Personen haben am Mittwoch vor dem Zürcher Rathaus gegen die derzeitigen drogenpolitischen Massnahmen des Stadtrates protestiert. «Die behördliche Vertreibungspolitik tritt Menschen mit Füßen», lautete die Anklage, die von den Demonstrierenden erhoben wurde. Der «menschenunwürdigen Repression» sei ein Ende zu setzen; im Sinne der Schadensbegrenzung solle der Stadtrat den Drogenabhängigen statt dessen verdeckte Orte und Räume zuweisen, die Abgabe von Opiaten einleiten und sich aktiv einsetzen für ein staatliches Drogenmonopol. Aufgerufen zu der Aktion hatten verschiedene Aids-Hilfe-Institutionen, das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH) und der Verein gegen gesellschaftliche Gleichgültigkeit (VGGG).

Die Organisatoren hatten angekündigt, man wolle vor dem Rathaus einen «Menschenteppich» bilden. Auf diese Weise sollten die um 17 Uhr zur Gemeinderatssitzung schreitenden Parlamentsmitglieder und Stadträte auf die Anliegen aufmerksam gemacht werden. Bereits um 16 Uhr war indessen die *Stadtpolizei* mit einem *starken Aufgebot* präsent, und das Trottoir vor dem Rathaus war abgesperrt worden. Als sich die demonstrierenden Leute um 16 Uhr 45 auf den Limmatquai stellten, wurden sie von einem Polizeisprecher sofort aufgefordert, die Fahrbahn zu verlassen. Dies geschah in der Folge auch, ohne dass ein Menschenteppich zustande gekommen war. Der Zutritt zum Rathaus wurde nicht behindert, und auch sonst kam es zu keinen Zwischenfällen.



möglichkeit ergibt. Zur Kasse gebeten wird an diesem Wochenende der bekannte reaktionäre Propagandist aus der SVP, Gemeinderat Stoller, der mit seinen Hetztiarden im letzten Jahr insbesondere gegen das Kanzlei gewettert hatte. Unbekannte AktivistInnen präsentierten ihm die Rechnung auf ihre Weise: In der Nacht vom 2. auf den 3.3.92 wird das Hotel Stoller, das aber seinem Bruder gehört, massiv beschädigt....

Anfangs der gleichen Woche wird bekannt, dass der Rekurs der Stadt gegen die Bühle-Ueberbauung, geplant auf dem jetzigen Wohlgrothareal, vom Verwaltungsgericht abgelehnt wird. Einen Tag später beschliessen die Stadtratsmitglieder Estermann, Koch und Aeschbacher, den Rekurs nicht bis vor Bundesgericht zu ziehen. Die Autonome Kulturfabrik Wohlgroth ist damit in nächster Zeit akut von einer Räumung bedroht.

Wieder ist der Donnerstagstanz angesagt, diesmal zurück auf dem Helvetiaplatz. Doch die "Disco-Happenings" werden jetzt auch im Kreis 4 nicht mehr geduldet. Die Polizei vertreibt am 5.3.92 nach kurzer Vorwarnung die anwesenden, ungefähr 300 Leute. Das Auto mit der Discoanlage wird verfolgt, die zwei Insassen werden festgenommen, die Anlage für kurze Zeit anektiert. Am 12. und 19.3.92 wird zu "Donnerstagsaufläufen" auf dem Hirschenplatz aufgerufen. Diese Protestkundgebungen wurden im Jahr der Wohnungsnotkampagne 89 über längere Zeit wöchentlich abgehalten. Die zwei aktuellen Aufläufe richteten sich speziell gegen die vorauszusehende Räumung der AKW Wohlgroth. Beim ersten Auflauf versammelten sich über hundert, beim zweiten mehr als zweihundert Leute. Am 12. März wird die sich formierende Demo von der Polizei schon im Niederdorf auseinandergetrieben, eine Woche später gelingt es dem Protestzug den Paradeplatz zu erreichen, der aber dort ebenfalls von der Polizei durch den Einsatz von Tränengas und Gummischrot aufgelöst wird. Am 21.3.92 findet unter dem Motto "Zürcher Frühling Leben in die Geisterstadt" eine weitere grosse Demo gegen die "Ausgrenzung und die Intoleranz" in der Stadt Zürich statt. Um die 1200 Leute nehmen an dem bewilligten politisch-kulturellen Umzug teil. Ein breites Bündnis hatte zum Stadtrundgang aufgerufen. Die ganze Veranstaltung ist sehr auf Originalität bedacht: Mit vielen musikalischen und lyrischen Beiträgen, Schminke und Masken und einem Kontingent Gratisjoints versuchten die VeranstalterInnen sich von sonstigen Demonstrationen abzuheben. Das Ultimatum der Gruppe "Halle für Alle", das die "bedingungslos-

se Uebergabe der Kanzlei-Halle an die BenützerInnen bis zum 21. März 1992 um 16 Uhr", an der letzten Demo vor drei Wochen auf einem Flugblatt gefordert hatte, verstrich an diesem Samstag folgenlos. Die Donnerstagsdisco vom 26.3.92 die auf dem Lindenhof hätte stattfinden sollen, muss abgesagt werden, da die Polizei sich schon vor den TänzerInnen dort installiert hat.

## Zürcher Frühling

Leben in d



Schlechte Wetterprognosen für dieses Jahr: eine Klimaverbesserung in Zürich ist nicht absehbar. Damit es auch in Zürich Frühling werden kann, wollen wir ihn lustvoll, bunt und knallig einläuten. In diesem Sinne veranstalten wir einen friedlichen Frühlingsumzug (bewilligt)

Der Frühling findet auf der Strasse statt - für die Vielen, denen das Bedürfnis nach ihrer Art von Freiraum, Lebensraum, Zufluchtsraum abgesprochen wird.

Wir wehren uns dagegen, von den MachtinhaberInnen in einen Kreislauf von Ausschliessung - Illegalität - Brutalität - Rechtslosigkeit getrieben zu werden. Keine Massnahme kann verhindern, dass es uns weiter gibt. Wir fordern gleiches Recht für unsere Bedürfnisse!

Verantwortlich: Interessengemeinschaft K (ehem. IG Kanzlei) Dieser Aktionstag wird unterstützt von: VPOD Lehrer und Lehrerinnen, SP Stadt und Kanton Zürich, AL ZÜR 1990, Partei der Arbeit PÖA, Frauenmacht Politik Frau, Grüne Partei Stadt und Kanton Zürich, G89-Jugend, Brezsee Forum, Schweiz, ArbeiterInnenwerk, SdM, Verein Faren und Freizeit, 21-Redaktion, Anwaltskollektiv, Informationsbüro Türkei, Sektion Zürich u. Basel, Chomskade, IG Kreis 5, Verein zur Erhaltung v. billigen Wohnraum a. d. Bäckerstr., AnwohnerInnenverein Berta, Schauspielhaus Zürich, Theaterhaus Gessnerallee, IG Rote Fabrik, Siedhalle, Discoyndiast, ZAGJP, Gassenarbeit, Gassenküche, Zürcher Aidhilfe.

## Samstag

- 12.00 Sechseläutenwiese  
Konzert
- 13.00 Umzug durch die  
Aktion d. VBZ = Vorur  
Kurzlesung vom Schau  
accordeoniste de pans  
(Verkleidung und Mus
- 16.00 Münsterhof  
Konzert  
Wunschstadt-Performa
- 21.00 Fest im Zelt - G  
Konzerte, Bar, Tanz

Diesmal ohne stail

Bäcker-Aktionstage  
21./22./23. Februar  
est, Bar, Konzert,  
m, Aktionen mit  
Häusern.

Infos im Café Kasama

Café AMA

# 26. März

Aus der Asche des Kanzelienzentrums ist ein Phönix gesiegen: der Verein Interessengemeinschaft K. Das Kanzelie ist tot, nicht aber die Leute, die es aufgebaut haben und nicht die über 200'000 jährlichen Benützerinnen und vor allem nicht die Idee, die es verkörpert: den Zusammenschluss von politisch, künstlerisch, sozial und kulturell engagierten Gruppierungen.

Die Interessengemeinschaft K setzt sich weiterhin aus verschiedenen Arbeitsgruppen zusammen, die sich in künstlerischer, sozialer, frauenspezifischer und multikultureller Hinsicht engagieren.

Vom ehemaligen Vereinsnamen "Kanzle" bleibt das "K": kein nostalgisches Denkmal fürs Kanzelie, sondern Symbol für einen neuen Spielraum von Bedeutungen und Arten des Engagements. Für "K" können stehen "Kunst", "Körner", "Kultur", "Kraft", "Klugheit", etc.

Die IGK setzt sich mit ihrer Vernetzungsidee für eine offene, multikulturelle Stadt, in der Freiräume zur individuellen und gemeinsamen Lebens- und Arbeitsgestaltung möglich sind. Niemand soll sich die Bedingungen seiner Lebensgestaltung diktiert lassen, niemand soll an den Rand, ja gar in die Illegalität gedrängt werden, der/ die sich engagiert für eine plurale und tolerantere Gesellschaftsform.

Setz ein Zeichen und tritt dem Verein bei oder unterstütze ihn.

Zur Zeit arbeiten alle aktiven Vereinsmitglieder gratis; für Veranstaltungen, Projekte, Mieten neuer Räume und Versandkosten sind wir aber auf Deine Spende angewiesen; und für Aktionen wie die Aktion "Zürcher Frühling: Leben in die Geisterstadt" vom 21. März.

Konto: Zürcher Kantonalbank  
1112-0809.751 Verein Treuhänderstelle Kanzelie, Hardturmstr. 68.

## Geisterstadt



### 1. März 92

- Vertreibung der Geister
- Bürger
- Musik, div. Aktschms.
- usw. mitbringen!

• Tee

## the LINDENHC

### STADT RÄUMUNGEN III

\* DEMO \*

Februar 1992, 13 Uhr, Hechtplatz, Zürich



Es brodelt in der Stadt. An allen Ecken und Enden finden sich Leute, die nicht mehr nur zusehen wollen, wie immer ungehemmter vertrieben, verfolgt und vergittert wird. Tausende bewegten sich in den letzten Monaten durch Zürichs Strassen. Antirassistendemo, "Räume Stadt Räumungen I & II", spontane Protestdemos gegen die Platzpitzräumung, Aktionen, Freiluftdiscos, Kurzbesetzungen...

Und trotzdem: KanzeleibénézierInnen stehen nach wie vor auf der Strasse und gegen die Junkies läuft im Kreis 5 eine wilde Treibjagd. Verschiedenen besetzten Häusern und der Autonomen Kulturfabrik Wohlgröth droht polizeiliche Räumung, Demonstrationen und Aktionen gegen Räumungen und Gitter werden in Tränen gas erstickt. (Ist es nur Zufall, dass die Verletzten der Demo vom 1. Februar fast durchwegs Frauen waren?)

Die rosa-grüne Stadtregierung, mit vielen schönen Worten an die Macht gelangt, setzt das um, was die Rechte schon lange fordert. Unterstützt wird diese grosse Koalition durch die Presse, die sich auf die Verbreitung von Polizeikomunikés beschränkt oder den Widerstand und die Repression auf Nebengeräusche reduziert. Die Opfer

der sogenannten Drogenpolitik, die in Folter und Elend zurückgeschafften Flüchtlinge oder die Verletzten der abgewürgten Demos sind keine Druckerschwarze mehr wert.

Zürich im Winter.

Schon zum drittenmal rufen wir alle Menschen, die mit dem eisigen Klima in dieser Stadt Schluss machen wollen, auf, mit einer Grossdemo auszudrücken.

- dass immer noch keine Massnahmen gegen Mietzinswucher, Wohnungsnot und Quartierzerstörung ergriffen worden sind,
- dass von dieser Gesellschaft produzierte Misstände nicht verschwinden, wenn ihr sichtbarster Ausdruck, der Platzpitz, polizeilich geräumt wird,
- dass die Profiteure der Ausplünderung der Länder des Südens die gleichen sind, welche hier die Flüchtlinge deportieren lassen,
- dass Mauern, Tore, Gitter, Abschrankungen und Grenzen weg müssen!

DASS VERTREIBUNG DIE VERTRIEBENEN AUF DER STRASSE ZUSAMMENBRINGT.

Folgende Organisationen, Gruppen und Geschäfte unterstützen diese Demo:

- Alternative Liste AL
- Architektur + Ingenieur Kollektiv AIK
- Asylkomitee ZH
- Buchhandlung Pinkus
- Genossenschaft, Buchhandlung Paranoia City
- Cafe Zähringer
- Filmclub Xenix
- Focus
- Satzkollektiv, Frauenkino Xenia
- Gassenküche
- Interessengemeinschaft Kultur IGK
- Interessengemeinschaft Rote Fabrik IGRF
- MitarbeiterInnen Ziegel au Lac
- Occasionsquelle
- Vulkaro
- Partei der Arbeit Zürich PdA
- Rec Rec Genossenschaft
- Rechtsankunftsstelle Anwaltskollektiv
- Senter For Applied Urbanism SAU
- Spielwerkstatt Murrel
- Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung
- Verein Ferien und Freizeit VFF
- Verband Studierender Uni Zürich VSU
- Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Jugendprobleme ZACJP
- Zürn 1990

Bewilligung eingereicht

## HALLE FUER ALLE

### HALLE FUER ALLE



1. JANUAR 1992: ABLAUF DES STADTRÄTTLICHEN ULTIMATUMS FÜR DIE RÄUMUNG DES GESAMTEN KANZELIEAREALS WÄHREND AUF DEM KANZELIEAREAL DIE SCHULBÄNKE DER NEUEINQUARTIERTEN SCHULKLÄSSEN IN FLAMMEN AUFGINGEN REIFTE BEFENIGTEN LEUTEN DER ENTSCHLUSS WEDER DIE TÜR NACH EINEM NOCH DAS SCHULHAUS SO EINFACH AUFZUGEBEN.

AM NÄCHSTEN ABEND OFFNETEN WIR DIE TÜR DER HALLE UND 258 LEUTE STRÖMTEN ZU EINER VOLLVERSAMMLUNG. VON ZUSAMMEN WAR DIESE VON NOCH WEITGEHEND VON RESIGNATION GEFÄHRT. ENTWICKELTE SICH AN EINER WEITEREN VV AM: DARAUFFOLGENDEN ABEND ERGAB SICH EINE NEUE DYNAMIK. SOFORT ENTSTAND EIN PROVISORISCHER VERANSTALTUNGSKALENDER, DER AUF WOCHEN HINAUS AN DEN ABENDEN MIT KONZERTEN UND POLITISCHEN VERANSTALTUNGEN BELEGT GEWESEN WÄRE.

AUFGESCHRECKT DURCH UNSERE UNERWARTETEN AKTIVITÄTEN IN DER HALLE UND IM CAFE, ORDNETE DER STADTRAT DIE VERBARRIKADIERUNG DER HALLE UND DES SCHULHAUSES AN. ZUDEM DROHTE ER DAMIT JEDE BESETZUNG STRAFRECHTLICH ZU VERFOLGEN. DIES, OBWOHL STADTRÄTLICHE GARANTIE BESTEHEN; BESETZTE HÄUSER SOWIE HALLEN OHNE NUTZUNGSKONZEPTE ODER BAU- & ABBRUCHBEWILLIGUNGEN NICHT ZU RÄUMEN.

DURCH STRAFANDROHUNGEN LASSEN WIR UNS IN DER REGEL NICHT VON UNSEREN AKTIVITÄTEN ABHALTEN!

DESHALB OFFNETEN WIR DIE HALLE AM 31. JANUAR 1992 AUF'S NEUE FÜR DIE GEPLANTE DISCO STAND SCHÖN ALLES BEREIT: MUSIKANLAGE, GETRÄNKE, USW. MIT DIESEM ABEND WURDE UNSER ANSPRUCH AUF DIE HALLE ERNEUT BEKRÄFTIGT. DOCH LEIDER VERHINDERTE EIN MASSIVER BULLEN-EINSATZ, WELCHER MEHRERE VERLETZTE FÖRDERTE, DIE GEPLANTE DISCO.

AN SEINER NÄCHSTEN SITZUNG FÜHLTE SICH DER STADTRAT GENÖTIGT, ENDLICH EIN SOGENANNTES NUTZUNGSKONZEPTE VORZUSTELLEN, "STUBETE", JUNG BÜRGER FEIERN, DIXIE - JAM - SESSIONS SOWIE THEATERPÄDAGOGIKKURSE DES SCHULAMTES SOLLEN DAS KANZELIE ENDLICH SALONFÄHIG MACHEN.

# interview mit dem team gassen- arbeit der zagjp

mai 92

Vertreibung und Repression bestimmen im Winter 91/92 die offizielle Drogenpolitik. Der amtierende, sozialdemokratisch dominierte Stadtrat betreibt auf der Gasse die gleiche Politik wie schon die vorgegangenen bürgerlichen Regierungen. Gibt es für euch, trotz dieser offensichtlichen Kontinuität zürcherischer Drogenpolitik, Unterschiede zu früher, als ebenfalls vergeblich versucht wurde, mit Polizeigewalt öffentlichen Raum von DrogenkonsumentInnen zu säubern?

**Manuel:** Im Unterschied zu früheren "Vertreibungszeiten" wird jetzt auf allen Ebenen ein liberaler Diskurs zur Drogenpolitik geführt. Auch für die Betroffenen klafft das völlig auseinander: Im Blickaushang sehen sie die Schlagzeile "Heroin am Kiosk?", aber die Realität der pseudoliberalen Diskussion tritt ihnen stündlich in Form eines Polizisten entgegen, der ihnen die Droge abnimmt. Der schizoide Widerspruch zwischen Hilfe und Strafe äussert sich in einem noch nie dagewesenen Wirrwarr von sozialen Institutionen für DrogengebraucherInnen, während diese gleichzeitig auf der Gasse verfolgt werden.

**Ruth:** Die Vertreibung wird von den gleichen Leuten angeordnet und befürwortet, welche gleichzeitig öffentlich verkünden die prohibitive Drogenpolitik der vergangenen zehn Jahre sei gescheitert. Für mich tönt es zynisch wenn Polizeivorstand Neukomm zur Repression auf der Gasse meint, "das habe nichts mit Drogenpolitik zu tun, das sei rein ordnungspolitisch".

**Edy:** Meiner Meinung nach kann gar nicht mehr von Drogenpolitik, sondern nur noch von Prohibitionspolitik gesprochen werden, und da besteht auch die Kontinuität. Jetzt einfach Prohibitionspolitik nach sozialdemokratischem Strickmuster: Da wird eine neue Institution wie z.B. die Gassenzimmer bejubelt, diese dienen aber effektiv nur als Vorwand für verstärkte Vertreibung auf der Gasse. Gleichzeitig werden andere Institutionen geschlossen. Sozialdemokratische Ordnungspolitik innerhalb der Drogenprohibition.(...)

**Stichwort "Prohibitionspolitik nach sozialdemokratischem Strickmuster", hat diese Politik für die DrogenkonsumentInnen noch andere Konsequenzen, als die Vertreibung?**

**M:** Der Kontrollapparat, der nicht nur einen repressiven Teil hat, wurde massiv ausgebaut. Alle Sozialamtsaktivitäten, die Kontakt- und Anlaufstellen, die Notschlafstellen usw. sind

verbunden mit Szenenforschung. Parallel zur polizeilichen Erfassung auf der Gasse, werden die Leute jetzt auch massiv in den sozialen Institutionen ausgefragt und fichiert. Die Leute werden in einer Situation ausgefragt, in der es klar ist, dass die ermittelten Daten den Betroffenen rein gar nichts bringen. Diese Art der Szenenforschung wurde offensichtlich von den Niederlanden übernommen. Doch dort bei einem "sozial befriedeten" Umgang mit Junkies eine Szenenforschung durchzuführen, ist etwas anderes, als hier mitten in einem Massaker zu "forschen". Mitarbeiter des Sozialamtes verteidigen diese Szenenforschung mit dem Argument, sie wollten damit beweisen, dass die repressive Drogenpolitik in die Sackgasse führe....

**R:** Die Begleitung aller Projekte ist wirklich eine Zeiterscheinung. Diese wissenschaftliche Begleitung ist aber inzwischen zur Szenenforschung ausgeartet. Es wird nicht mehr der Sinn oder Unsinn von Institutionen untersucht, oder nach Bedürfnissen der Betroffenen gefragt, es werden nur noch die BenutzerInnen ausgehört.

**Habt ihr ein aktuelles Beispiel für diese Szenenforschung?**

**E:** Es gab nach der Platzspitzschliessung eine Umfrage des Sozialamtes bei den Leuten auf der Gasse. Der Öffentlichkeit wurde weisgemacht, das Sozialamt wolle genaueres über die Befindlichkeit der Junkies nach der Schliessung wissen. Beim Durchlesen des Fragebogens wird aber klar, was die Behörden von den Antworten erwarten: Informationen der Betroffenen über die Konsequenzen der laufenden polizeilichen Repression, um aus diesen Erkenntnissen das Vertreibungskonzept zur Vertreibung der Junkies direkt zu verfeinern, den Druck auf die Gasse nochmals zu steigern. (...)

**Und solche Umfragen können reibungslos durchgeführt werden?**

**E:** Bei dieser Befragung gab es einen Aufruf zum Boykott. Auch auf der Gasse wurde mit Flugblättern auf die Konsequenzen dieser Umfrage aufmerksam gemacht. Verschiedene Gassenleute befürchteten die Streichung ihres Fürsorgegeldes, wenn sie diesen Fragebogen nicht beantworteten würden. Von den gassennahen Institutionen beteiligten sich eigentlich vor allen die Teams der Kontakt&Anlaufstellen am Boykott. Bei den Notschlafstellen hatte das Sozialamt durch die Kündigung der aufmüpfi-

gen MitarbeiterInnen im Januar befriedete Zustände geschaffen.(...)

**M:** Diese Szenenforschung illustriert die sozialtechnokratische Denk- und Vorgehensweise des Stadtrates und der Behörden. Sie gehen gegen eine soziale Gruppierung vor, im Moment sind es gerade die Junkies, dann beobachten sie ein bisschen die Konsequenzen, um Argumentationen für das weitere Vorgehen zu erhalten. Das ist neu an der Drogenpolitik der Rot-Grünen. Früher wurde einfach geknüppelt, und zwar ohne liberalen Diskurs. Die Szene wurde mit polizeilichen Mitteln vertrieben, sie wurde aber nie mit staatlichen Sozialinstitutionen plus Szenenforschung umzingelt, wie das nun der Fall ist.(...)

**Die Schraube der Repression wurde eigentlich schon seit dem Herbst 90 kontinuierlich angezogen. Die Repressionspolitik gipfelte nach Schnellverfahren, Dauerrazzias und Gittertoren in der Schliessung des Platzspitzes. Was waren die Konsequenzen der ausgeübten "ordnungspolitischen" Gewalt gegenüber den Leuten auf der Gasse, was habt ihr gesehen, was haben euch DrogenkonsumentInnen erzählt?**

**R:** Der erste Angriff rollte gegen die Selbsthilfestrukturen der Leute. Es wurde versucht die Arbeit der Filterlifixer zu verunmöglichen. Das begann schon im Sommer 90.

**M:** Die erhöhte Repression auf dem Platzspitz hatte weiter zur Folge, dass die Leute sich durchschnittlich weniger lange dort aufhielten. Bei dem grösseren Durchlauf waren real immer noch gleichviele Leute auf der Gasse unterwegs um Dope zu beschaffen, aber die Szene auf dem Platzspitz verkleinerte sich. Das wurde von den Behörden sofort in fälschliche Erfolgsmeldungen umgemünzt.

**R:** Das Fatalste an der Repression war eigentlich, dass die Filterlifixer und die Vermittler (Sie rufen für einen Dealer die Ware aus "Schuger, Goggi" usw, damit sich dieser nicht exponieren muss und verdienen sich mit dieser Arbeit ihren Eigenkonsum.) praktisch vollständig aus dem Geschäft flogen. Die Dealer übernahmen in dieser Zeit direkt das ganze Geschäft. So entstanden jenste Arbeitslose innerhalb der Szene, die bis anhin ohne Beschaffungskriminalität ihren Eigenkonsum finanzieren konnten.

**M:** Repression führt zur Verelendung einer immer grösseren Schicht von DrogenkonsumentInnen. In Zeiten erhöhter Repression, die Platzspitzschliessung nur als Beispiel, muss

sich der Markt neu organisieren. Das heisst, dass zwar immer noch genug Stoff zur Verfügung steht, ein Piece aber nicht zu jeder Zeit an einem bestimmten Ort gekauft werden kann. Das ist insbesondere für die Leute folgenreich, die sozial noch einigermaßen integriert sind, die noch eine Loge oder eine regelmässige Arbeit haben und deren FreundInnen sich nicht alle in der Drogenszene bewegen. Ein Beispiel: Wer sich früher in der Mittagspause schnell ein Piece mischeln konnte, und nach dem Knall wieder zur Arbeit eingefahren ist, schafft das in dieser kurzen Zeit meistens nicht mehr. Das Risiko in einer Razzia hängen zu bleiben, von der Polizei kontrolliert zu werden oder erst im Laufe des Nachmittags ein Piece mischeln zu können ist gross. Viele dieser in der Gesellschaft "funktionierenden" DrogenkonsumentInnen verlieren, gerade in der Zeit, in der die Repression verstärkt wird, den Job, die Wohnung, soziale Kontakte ausserhalb der Szene. Sie fallen durch ihr soziales Netz und werden über kurz oder lang von den Behörden sozial verwaltet.(...)

**Die Versorgungslage mit Stoff ist also schon vor der Platzspitzschliessung durch die Repression instabil geworden..?**

**E:** Ja, und die damit zusammenhängende Hektik machte es unmöglich die Qualität des Stoffes zu begutachten, den FreundInnen diese Infos auch weiterzugeben über den Stoff der gerade im Umlauf war. (...)

**R:** Für die Frauen, die für ihren Konsum anschaffen müssen, bedeutete die neue Situation vor allem nach der Nachtschliessung, dass sie nicht mehr im Seefeld anschaffen konnten. Weil sie für ihr Piece z.T. stundenlang unterwegs sein mussten, konnten sie nur noch in der Nähe des Deals anschaffen, und mussten auch am Tag schon auf den Strich. Das ist 24-Stunden Stress für diese Frauen. Daran hat sich bis heute nichts geändert.(...)

**Eines der Hauptargumente des Stadtrafes für die verschärften Polizeiaktionen auf dem Platzspitz wie auch für die Schliessung, war die massiv angestiegene Gewalt in der Szene.**

**E:** Zwischen den DrogenkonsumentInnen kam es nicht zu mehr Gewalt. Ich beobachtete hingegen, dass die Gewaltbereitschaft unter den Dealerbanden im Kampf um Absatzmärkte gerade 1991 stark angestiegen war. Bei den zahlreichen Razzias konnten sich die Dealer

jedoch ein paar hundert Meter vom Geschehen zurückziehen, meistens ohne von der Polizei behelligt zu werden. Die Dealergewalt wurde schon auf dem Spitz nicht eingeschränkt. Gefilzt, kontrolliert und abgeführt wurden die DrogenkonsumentInnen. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Die Behauptung die Drogenszene sei allgemein gewalttätiger geworden ist gezielte Desinformation. (...)

**Wie geht die Polizei gegen die Gassenleute vor?**

**R:** Es muss hier vielleicht auch einmal festgehalten werden, dass die Repression gegen die Gasse immer existierte, es gab nie liberale Zeiten ohne polizeiliche Uebergriffe. Nur hat sich die Repression im vergangenen Winter verschärft. Persönliche Sachen beschlagnahmen, Bussen, das Piece abnehmen, die Spritze aus dem Arm schlagen, Schläge, Knast: Täglich sind die DrogenkonsumentInnen, insbesondere seit der Schliessung mit der ganzen Bandbreite möglicher polizeilicher Repression konfrontiert. Die Drogen für den Eigenkonsum werden beschlagnahmt, das Geld für den ersehnten Knall muss meist durch einen Bruch oder einen Entreisssdiebstahl wieder beschafft werden. Die Beschaffungskriminalität wird durch das Vorgehen der Polizei angeheizt, was wiederum zum Argument für noch mehr Polizeipräsenz auf der Gasse wird. Auch Geld wird beschlagnahmt, mit der Begründung es sei "Drogengeld". Keine Chance zu beweisen, dass das Geld ehrlich verdient ist.

**M:** Meistens wird den Leuten Geld oder persönliche Ware ohne Quittung abgenommen. Das sind Verhältnisse wie in einer Bananenrepublik. Die Frage stellt sich auch, wo dieses Geld denn eigentlich landet.

**E:** Die Vorgehensweise gleich nach der Schliessung gegen die Gasse, kann ich nicht mehr abstrakt als Repression bezeichnen, das war einfach Quälerei: Ich sah, wie den Leute, die Pumpe nicht herausgezogen, sondern im Arm herumgedreht und erst dann aus der Vene gerissen wurde.

**R:** Die repressionsbedingte Hektik kann gerade für Leute mit einem angeschlagenen Immunsystem tödliche Konsequenzen haben. (...) Die Gefahr einer Ueberdosis ist auch wieder viel grösser, weil die Leute bei einer Razzia versuchen, möglichst schnell noch ihr Dope zu konsumieren. (...)

**Die Betroffenen sin per se renitent, da sie sich immer noch in offenen Drogensze-**

**nen bewegen, aber haben sie auch sonst Widerstand gegen ihre Vertreibung geleistet?**

**M:** Ich glaube die Leute haben mehr Interesse daran, sich zu wehren. Das heisst nicht, dass es einfacher geworden ist, sich gegen die Vertreibung zu stellen, aber die Leute lesen aufmerksamer Flugblätter oder die WOZ. Sie merken sich die Möglichkeiten, wie mensch versuchen könnte, sich zu wehren. Aber meistens bleibt es dabei, denn es ist allen klar, dass auf Leute, die sich wehren, die Behörden mit umso härteren Massnahmen reagieren.(...)

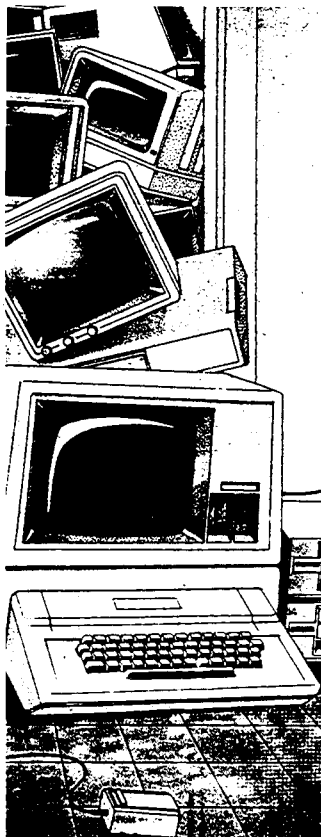
**E:** Wenn die Polizei einfährt und Filterlitische umkippt, oder jemanden herausgreift und kontrolliert, machen die Leute ihrer Empörung Luft. Es entstehen immer wieder trotz dem Stress solidarische Momente unter den Leuten, sie helfen sich auch gegenseitig, wenn wieder mal jemand abliegt. Diese Solidarität konnte bis jetzt durch die dauernde Repression nicht zerschlagen werden. Ein Ausdruck des Widerstandes von der Gasse waren auch die immer neu verbogenen Gittertore am Platzspitz, schon vor der Schliessung. Die Leute liessen sich nicht einfach so von ihren Wegen abbringen.

**Haben Leute die nicht zur Drogenszene gehören, die Gasse aber gut kennen, wie z.B. ihr von der Gassenarbeit, von aussen versucht der Repression etwas entge-**

**genzuhalten?**

**E:** Konkret kann diesem Riesenapparat, der da auf dich zurollt, kaum etwas entgegengehalten werden. Wir waren einfach präsent, wir waren da, bei Razzias, bei der Nachtschliessung usw. Wir versuchten, zusammen mit anderen, die nicht zur Szene gehören, zu verhindern, dass die Vertreibung nicht reibungslos ohne kritische ZeugInnen durchgeführt werden konnte. So konnten wir zumindest im nachhinein die Oeffentlichkeit über die Geschehnisse informieren. Die Präsenz auf der Gasse von Leuten wie uns macht auch die Polizei bei ihrem Vorgehen gegen die DrogenkonsumentInnen zurückhaltender. Daraus ergibt sich ein gewisser Schutz für sie. (...)

**R:** Ansonsten manifestierte sich der Widerstand hauptsächlich mit Demos und Flugblättern, wurde Oeffentlichkeitsarbeit gegen die laufende Drogenpolitik gemacht. Das Thema der Vertreibung wurde im vergangenen Winter bald schon generalisiert: Der Platzspitz wurde, zum ersten Mal in dieser Breite als Raum begriffen, der verloren geht, der einer gesellschaftlichen Randgruppe weggenommen wird. "Räume statt Räumungen" war Parole verschiedener Demonstrationen und Aktionen in dieser Zeit. Das Kanzlei wurde geschlossen, der Platzspitz vergittert und in den besetzten Häusern befürchteten die BewohnerInnen Räumungen in der nächsten Zeit. Es wurde



## BOYKOTTIERT

die schriftliche Befragung des Sozialamtes zur Platzspitzschliessung am 10. April 92.

Das Sozialamt ist für die Platzspitzschliessung und ihre Folgen mitverantwortlich. Und jetzt will es von Dir Deine persönlichen Daten.

Erstmals in der Geschichte der "Szeneforschung" soll **zusammen** mit dem **HIV-Status** und **kriminellen Tatbeständen** Dein genaues **Geburtsdatum** erhoben werden.

Du bist damit reidentifizierbar, die Umfrage ist nicht anonym.

Deshalb:

**\*\*\*BOYKOTT\*\*\*ODER\*\*\*FALSCHANGABEN\*\*\***

ACT-HIV / PWA (People with Aids) / Methigruppe / Gassenarbeit ZAGJP / Arge Platzspitz /

vielen Leuten in dieser Zeit bewusst, dass die stadträtliche Ordnungspolitik nicht nur die DrogenkonsumentInnen betraf.(...)

**Aber es gab ja auch breiten Widerstand innerhalb privater wie städtischer Sozialinstitutionen gegen die ganze PODZ-Geschichte.**

**R:** Hier stand der Boykott der braunen Ausweise durch die städtischen Notschlafstellen klar im Zentrum. Der Widerstand der SozialarbeiterInnen an der Basis gegen diese Aussonderungsmassnahme war so breit, dass ich in dieser Zeit wirklich glaubte, die Behörden bringen ihr PODZ-Konzept nicht durch...(…) Niemand konnte sich vorstellen, dass das Fürsorgeamt knallhart alle renitenten MitarbeiterInnen entlassen würde und den Rest der Leute, die den Job nicht verlieren wollten zum absoluten Gehorsam verpflichten würde.(...)

**E:** Es gab im vergangenen Winter einen intensiven Kontakt zwischen privaten und städtischen Sozis. In der Fachgruppe für gassennahe Institutionen (Gako) trafen wir uns regelmässig, den Ereignissen entsprechend manchmal in hoher Kadenz, um gemeinsam das konkrete weitere Vorgehen gegen die verantwortungslose Politik von oben zu diskutieren.(...)

Die Gako hatte also im vergangenen

**Winter eine eminent wichtige Funktion als Diskussionsforum und Aktionsbündnis des gassennahen SozialarbeiterInnenkuchens. Und jetzt?**

**E:** Das ist jetzt alles am Arsch.

**M:** Die Spaltung war absehbar ab dem Zeitpunkt als die renitenten städtischen Sozis entlassen wurden. Mit den Leuten, die in den städtischen Institutionen weiterarbeiteten, konnten und wollten wir nicht mehr zusammenarbeiten oder diskutieren. Der Druck der Behörden hatte sie zu Ausführenden der PODZ-Massnahmen gemacht.

**E:** Es besteht kein Vertrauen mehr, weil die Gefahr besteht, dass Informationen nach oben durchsickern und missbraucht werden.

**Die Vertreibung der offenen Drogenszene stiess aber nicht nur bei SozialarbeiterInnen auf manifesten Widerstand. Das Vertreibungskonzept das gegen die Drogenszene eingesetzt wird, kann in der gleichen Form auch gegen andere gesellschaftliche (Rand-) Gruppen angewendet werden. Dieses Bewusstsein war im vergangenen Winter bei vielen Leuten vorhanden und führte zu einem Bündnis, das mit Demonstrationen und Aktionen gegen die "allgemeine Räumungspolitik" in Zürich protestierte. Wer solidarisierte sich da offen mit dem Widerstand gegen**

### Fürsorgerischer Freiheitsentzug (FFE)

Falls Du von den Behörden zum Zwangs-entzug in eine psychiatrische Klinik eingewiesen wirst, melde Dich bitte unverzüglich bei

PSYCHEX  
Badenerstr. 89  
8026 Zürich

Tel. 01/241'79'69

Psychex wird Dir eine/n Verteidiger/in organisieren, der/die sich auf Deinen Wunsch hin darum bemüht, Dich so schnell wie möglich rauszuholen.

Zwangseinweisungen sind widerrechtlich.



## die Vertreibungspolitik gegen die Gasse?

**R:** Seit langem wurde das Thema Drogenpolitik auch in den verschiedenen kulturellen Zentren wie dem - noch bestehenden Kanzlei - oder der Roten Fabrik und der Gessnerallee wieder Thema. Es formierte sich aus gassenahen Leuten, den alternativen Kulturleuten und zeitweise den MitarbeiterInnen der GZS und Jugendtreffs die interkulturelle Sitzung, die verschiedene Male öffentlich Stellung gegen die offizielle Drogenpolitik bezog. Dieses Bündnis in dieser Form, gegen die Räumung der offenen Drogenszene, war neu in Zürich.

**M:** Die Interessengemeinschaft Kreis 5, die schon seit Jahren gegen die Totalsanierung ihres Quartiers kämpft, begann sich aus naheliegenden Gründen vermehrt mit dem Thema Drogen auseinanderzusetzen und protestierte stellvertretend für einen grossen Teil des Quartiers gegen die städtische Vertreibungspolitik.

Ich war überrascht über den breiten Zusammenschluss aus verschiedenen politischen Gruppen an der Basis, im Kampf gegen die herrschende drogen- und kulturpolitische Misere und die Wohnungsnot. Das hatte ich in dieser Stadt schon lange nicht mehr gesehen. Ich sehe diesen Zusammenschluss aber innerhalb einer Wellenbewegung: Der Widerstand kam an einem Punkt zusammen und für mich stellt sich die Frage, warum wurden es nicht noch viel mehr Leute, zehntausende, die ihren Protest auch formulierten oder sonstwie zum Ausdruck brachten? Jetzt hat sich der Zusammenschluss eigentlich wieder atomisiert, sind die Leute wieder hauptsächlich innerhalb ihrer Gruppe politisch aktiv. Solche Bündnisse sind oft labil, können aber plötzlich auch wieder aus dem Nichts entstehen.(...)

**E:** Ich hatte die Vehemenz des Widerstandes auf der Strasse, von Leuten, die nicht zur Drogenszene gehörten, nicht erwartet. Als bei der Nachtschliessung die Polizeibeamten versuchten eine Frau zu verhaften, wurden sie von den anwesenden Protestierenden daran gehindert. Die Polizei versuchte dann mit massivem Tränengaseinsatz die Leute aus der Umgebung des Bahnhofes zu vertreiben, um ihren Auftrag, möglichst unter Ausschluss der Öffentlichkeit, durchzuführen. Doch das viele Tränengas verkroch sich insbesondere im Shop-Ville. Die DrogenkonsumentInnen, die in dieser Nacht vom Spitz vertrieben wurden, schlugen sich in dieser Situation für einen kurzen Moment auf die Seite der Demonstrierenden, zogen sich langsam zusammen mit ihnen von den wild um sich schiessenden Polizisten

zurück, bevor sie sich wieder auf die Suche nach dem nächsten Piece machen mussten.

**Trotz allem Widerstand konnte das PODZ-Konzept von den Behörden bis heute durchgezogen werden. Wo steht ihr jetzt mit den ganzen Erfahrungen des vergangenen Winters? Wie geht es weiter?**

**M:** Wir haben schon immer mit guten Argumenten gegen die Repression Stellung bezogen. Aber es gibt einen Punkt, an dem es nichts mehr zu sagen gibt, weil alles schon gesagt wurde...Was dann bleibt sind Wut und Trauer. (...)

**E:** Langfristig wird allgemein der Kampf gegen die Prohibition, die Legalisierung der Drogen immer mehr ins Zentrum rücken, zum Beispiel über die Initiative des Vereins gegen gesellschaftliche Gleichgültigkeit (VGGG).(...)

**R:** Zur Zeit ist vor allem wichtig, unsere Präsenz auf der Gasse weiterzuführen. Es müssen viele Leute im Kreis 5 unterwegs sein, die Strassen des Quartiers müssen belebt sein, damit sie nicht von der Polizei beherrscht werden. Versuchen mit Lebensqualität und Aktivitäten auf der Gasse den momentan unhaltbaren Zuständen etwas entgegenzusetzen.

**E:** Eine Sache, die am Laufen ist und auch Erfolg hat, ist die Information und der Widerstand gegen den fürsorgerischen Freiheitsentzug (FFE). Es wurden tatsächlich Leute in Zürich abgegriffen und unter Zwang in eine psychiatrische Klinik eingewiesen, wo sie den Entzug machen mussten. Dieses Vorgehen ist rechtswidrig. Die Öffentlichkeit konnte darüber informiert werden und die Behörden halten sich momentan mit dieser Praxis zurück. Die Leute von der Gasse wurden mit Flugblättern über den FFE informiert...

**R:** Den Leuten auf der Gasse muss zu ihren Rechten verholfen werden, das hat Priorität. Die PODZ gibt sich noch immer der Illusion hin, die offene Drogenszene sei auflösbar. Eine Erfahrung, die sich diesen Winter klar bestätigt hat ist, dass die DrogenkonsumentInnen in Zeiten verstärkter Repression nicht mit dem Fixen aufhören. Sie hören eher damit auf, wenn die Repression nicht so stark ist. Es ist darum absolut hirnrissig, den Junkies den Stoff, das Geld und die Spritzen abzunehmen, die Filterlifixer zu schikanieren und zu glauben, die Leute würden mit dem Fixen aufhören. Für mich ist absehbar, dass die DrogenkonsumentInnen den längeren Atem haben werden als alle PODZ-Planer, die Polizei und der Stadtrat zusammen. (...)



